AZB
4001 Basel

Unsere Welt
Schweizerische Friedensbewegung
Postfach 2113, 4001 Basel

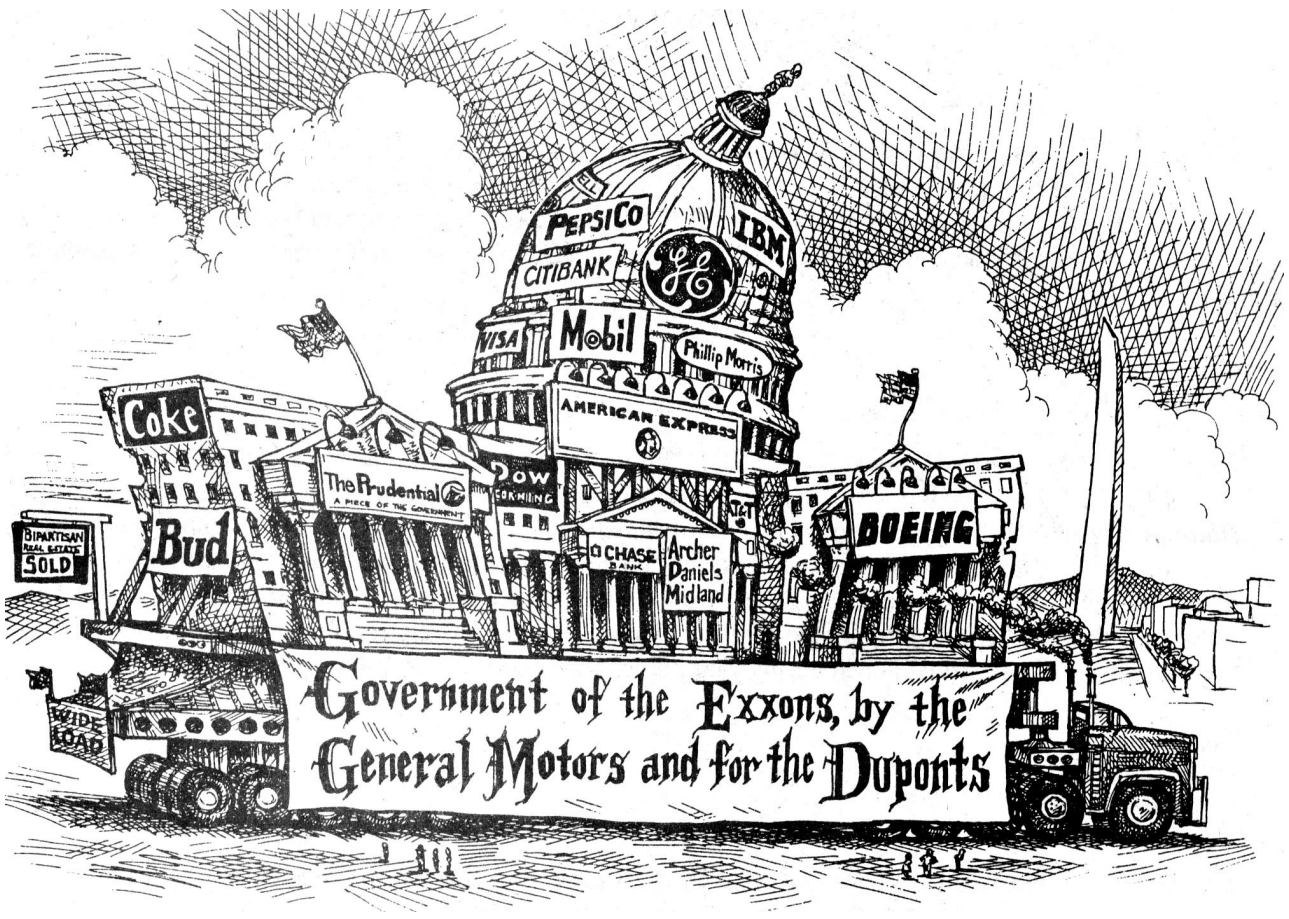
30. Jahrgang
Nr. 2 – 2007
Solidaritätsbeitrag: Fr. 1.–

Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung

Unsere Welt

Aus dem Inhalt

Nahrungsmittel als Kraftstoff?	**2**
Hamas und israelisches Existenzrecht	**3**
Ferien-Israel: Schein und Wirklichkeit	**4**
Palästina: Ohne Grenzen kein Frieden	**5**
Lateinamerika im Aufbruch	**6**
Zeichen gegen Faschismus setzen	**7**
Lucie Aubrac: Grande Dame der Résistance	**8**



Waren als Zaubereinheiten gegen die Einsamkeit

Das Konsumimperium

Es heisst, das Recht auf Überfluss, Privileg Weniger, ist die Freiheit aller. Diese Zivilisation lässt weder die Blumen, noch die Hühner, noch die Menschen schlafen. In den Treibhäusern sind die Blumen ständigem Licht ausgesetzt, damit sie schneller wachsen. In den Eierfabriken ist den Hühnern auch die Nacht verboten. Und die Menschen sind zur Schlaflosigkeit verurteilt, wegen dem Kaufzwang und der Beklemmung bezahlen zu müssen.

Von Eduardo Galeano

Die Explosion des Konsums in der heutigen Welt verursacht mehr Lärm, als alle Kriege und macht mehr Krach, als alle Karnevals. Wie ein altes türkisches Sprichwort sagt, wer auf Rechnung trinkt, betrinkt sich doppelt.

Die Vergnügungssucht betäubt und vernebelt den Blick; dieser grosse universelle Rausch scheint keine Grenzen zu haben, weder zeitlich noch räumlich. Aber die Kultur des Konsums tönt laut, wie die Trommel, weil sie hohl ist; und wenn die Stunde der Wahrheit kommt, wenn das Getöse aufhört und das Fest zu Ende ist, erwacht der Betrunkene, allein, begleitet von seinem Schatten und den kaputten Tellern, die er bezahlen muss.

Die Expansion der Nachfrage stösst an die Grenzen, die ihr das gleiche System setzt, das sie schafft. Das System braucht immer offenere und breitere Märkte, wie die Lungen Luft brauchen und gleichzeitig müssen sie spottbillig sein, wie die Rohstoffpreise und die Arbeitskraft. Das System spricht im Namen von allen, an alle richtet es ihre gebieterischen Befehle zum Konsumieren, unter allen verbreitet es das Kauffieber; aber kein Durchkommen: für fast alle beginnt und endet dieses Abenteuer vor dem Fernsehschirm. Die Mehrheit, die sich verschuldet, um Sachen zu besitzen, besitzt am Ende nichts als Schulden, die neue Verschuldungen hervorbringen.

Das Recht auf Verschwendung, Privileg von Wenigen, sagt, die Freiheit von allen zu sein. Sag mir, wie viel du verbrauchst und ich sag dir, wie viel du wert bist. Diese Zivilisation lässt weder die Blumen, noch die Hühner, noch die Menschen schlafen. In den Treibhäusern werden die Blumen Dauerlicht unterworfen, damit sie schneller wachsen. In den Eierfabriken ist den Hühnern auch die Nacht verboten. Und die Menschen sind zur Schlaflosigkeit verurteilt, wegen der Kaufsucht und der inneren Unruhe dann bezahlen zu müssen. Diese Lebensweise ist nicht sehr gut für die Menschen, aber sie ist sehr vorteilhaft für die Pharmaindustrie.

Die USA verbraucht die Hälfte der Beruhigungsmittel, Mittel gegen die Beklemmung und andere chemische Drogen, die legal in der Welt verkauft werden und mehr als die Hälfte der verbotenen Drogen, die illegal verkauft werden, was nicht wenig ist, wenn man bedenkt, dass die USA kaum fünf Prozent der Weltbevölkerung ausmachen.

«Unglückliche Leute, die leben, um sich gegeneinander abzuschätzen», bedauert eine Frau im Viertel von Buceo in Montevideo. Der Schmerz nicht mehr das zu sein, wie früher der Tango sang, hat sich in die Schande nicht zu haben, gewandelt. Ein Mensch, der arm ist, ist ein armer Tropf. «Wenn ihr nichts habt, denkt ihr, ihr taugt nichts», sagt ein Junge im Viertel Villa Fiorito von Buenos Aires. Und ein anderer beweist in der dominikanischen Stadt von San Francisco de Macorís: «Meine Brüder arbeiten für die Marken. Sie leben, Etiketten kaufend und leben Blut und Wasser schwitzend, um die Gebühren zu bezahlen.»

Verheerender als jede Einparteiendiktatur

Unsichtbare Gewalt des Marktes: Die Mannigfaltigkeit ist Feindin der Wirtschaftlichkeit, und die Einförmigkeit befiehlt. Die Serienproduktion, auf gigantischer Ebene, setzt überall ihre Pflichtnormen des Konsums. Diese Diktatur ist verheerender als jede Einparteiendiktatur: Sie drückt der ganzen Welt eine Lebensweise auf, die die Menschen wie Fotokopien des beispielhaften Konsumenten reproduziert.

Der beispielhafte Konsument ist der stille Mensch. Diese Zivilisation, die die Quantität mit der Qualität verwechselt, verwechselt die Korpulenz mit guter Ernährung. Laut der wissenschaftlichen Zeitschrift The Lancet stieg in den letzten zehn Jahren bei der jugendlichen Bevölkerung in den am meisten entwickelten Ländern die «ernstliche Fettleibigkeit» um fast 30% an. Bei den nordamerikanischen Kindern nahm in den letzten 16 Jahren die Fettleibigkeit um 40 % zu, gemäss der kürzlichen Forschung des wissenschaftlichen Gesundheitszentrums der Universität von Colorado.

Fortsetzung Seite 2

Gewerkschaftsaufruf aus Palästina

Apartheid in Israel

Die palästinensischen Gewerkschaften «General Union of Palestinian Workers» (GUPW), «Palestinian General Federation of Trade Unions» (PGFTU), «Coalition of Independent Democratic Unions», weitere Standesvertretungen und der Palästinensische Bauernverband rufen zum zweiten Mal nach 2004 die internationale Gewerkschaftsbewegung und die internationale Gemeinschaft zum Boykott und zu Sanktionen gegen das israelische Apartheidsregime auf. Wir dokumentieren den Aufruf leicht gekürzt, wie wir überhaupt den Schwerpunkt dieser UW-Nummer – im Zusammenhang mit der Jahrestagung der Friedensbewegung (siehe Seite 8) – auf den Konflikt zwischen Israel und Palästina legen.

Wir rufen dazu auf,

- Israel solange zu boykottieren und alle Investitionen zu stoppen, wie es nicht aufhört, Verbrechen gegen unser Volk zu begehen und das Völkerrecht ebenso wie die Menschenrechte nicht gegenüber allen einhält
- und in diesem Zusammenhang auch auf Sanktionen gegen Israel hinzuarbeiten.

Unsere Forderungen

Wir begreifen diesen Aufruf der palästinensischen Arbeiterbewegung als Teil des Kampfes gegen Besatzung und für Freiheit, für Selbstbestimmung, das Recht auf Rückkehr aller Flüchtlinge, soziale Gerechtigkeit und einen unabhängigen palästinensischen Staat mit der Hauptstadt Jerusalem und für ein Ende der rassistischen Diskriminierung der PalästinenserInnen, die innerhalb der Grünen Linie leben.

In diesem Jahr sind es 40 Jahre, dass wir im Westjordanland und im Gazastreifen unter Besatzung leben müssen. Im kommenden Jahr gedenken wir dem 60. Jahrestag der Nakba, (der Massenvertreibung unseres Volkes von seinem Grund und Boden, d. Ü).

Jahrzehnte sind vergangen, in denen wir PalästinenserInnen uns vergeblich danach sehnen, als freie Menschen in unserer Heimat leben zu können. Noch immer leben 6,8 Millionen PalästinenserInnen als Flüchtlinge über die ganze Welt verstreut. Sie sind nach wie vor ihres Rechtes beraubt, nach Hause zurückkehren zu können, um wieder in ihren Heimatdörfern und Städten zu leben. Das Recht auf Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge ist ein Rechtsanspruch. Er gründet sich auf das Völkerrecht und wurde zudem in UN-Sicherheitsratsresolutionen ausdrücklich bestätigt.

Die Verantwortung der Histadrut

Hinsichtlich der *Rolle der israelischen Gewerkschaft* darf nicht vergessen werden, dass die *Histadrut* (israelischer Gewerkschaftsbund, Red.) die Besatzung unserer Heimat seit jeher offen unterstützt hat und zudem selbst rassistisch gegen palästinensische

Fortsetzung Seite 4

The Mainstream

Wörtlich übersetzt: der Hauptstrom, er spiegelt den kulturellen Geschmack der grossen Mehrheit wieder. Prinzipiell lässt sich der Begriff auf alle gesellschaftlichen und kulturellen Bereiche anwenden. So benutzt ihn die alternative Musikszene als Bezeichnung für die kommerziellen Pop-Industrie um sich von dieser abzugrenzen. Aber auch Ökonomen kennen den Begriff. «Mainstream economics» bezeichnet die allgemein akzeptierte Grundlage für Wirtschaftsanalysen in einem bestimmten Zeitraum. Zu kompliziert? Keine Angst, laut Definition soll die herrschende Lehre nur bis zu deren Widerlegung Gültigkeit haben.

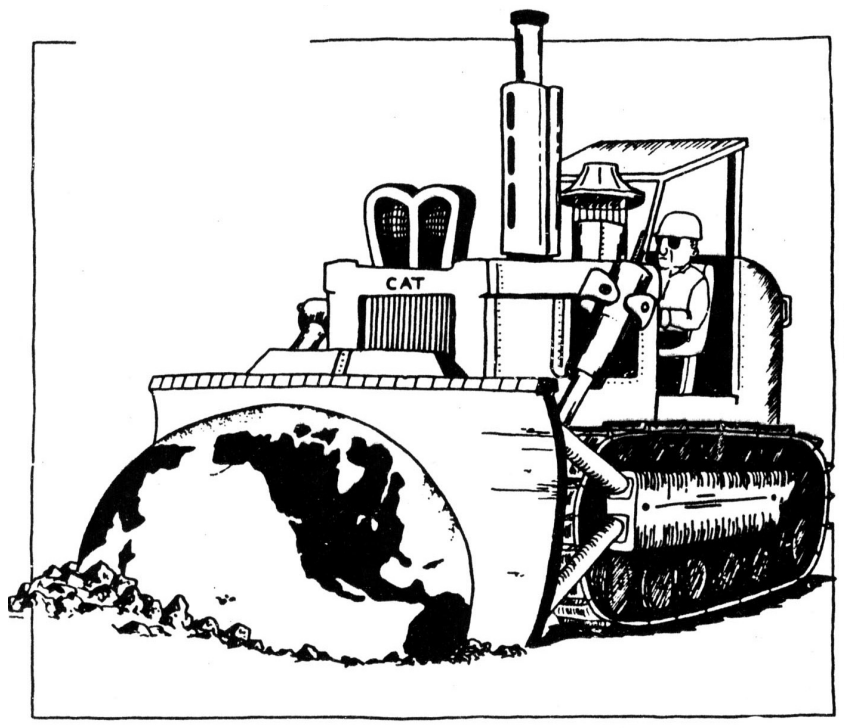
Dann gibt es auch noch den gedanklichen Mainstream. Er hat zur Folge, dass vieles unreflektiert übernommen wird, dass man mit der Masse zieht und, dass das kritische Denken in den Hintergrund gerät – wer will schon Aussenseiter sein?

Wer den Mainstream steuern kann, beherrscht die öffentliche Meinung und kann sich so die eigene Machtposition sichern. Also beauftragt man seinen Geheimdienst gezielt Desinformation zu betreiben. Journalisten und Redakteure werden bestochen, Berichte gefälscht und die Wahrheit unterdrückt. Sie glauben dies sei eine neue Verschwörungstheorie?

US-Präsident Bush hat dem CIA genau zu den obengenannten Zwecken in nur 2 Jahren 1,6 Milliarden US-Dollar zugeführt. Das Amt für Staatshaushalt und der Kongress haben diese Zahlungen nachträglich für illegal erklärt. Nicht die Zahlungen generell, sondern jede einzelne.

UNSERE WELT lässt sich nicht bestechen, wir berichten weiter gegen diesen Mainstream und für einen gerechten Frieden. Deshalb bitten wir Sie mit Ihrer Spende die Herausgabe unserer Zeitung zu unterstützen. (Schweizerische Friedensbewegung SFB, 4001 Basel, PC 40-1627-7)

Ruedi Moser, Sekretär SFB



Fortsetzung von Seite 1

Das Land, das die «light» Nahrung und «light» Getränke, die Essensdiät und die fettfreie Ernährung erfand, hat die meisten Fettleibigen der Welt. Der beispielhafte Konsument steigt nur aus dem Auto, um zu arbeiten und um fernzusehen. Vor dem kleinen Bildschirm sitzend, verbringt er vier Stunden täglich Plastikessen runterschlingend.

Globalisierung des Hamburgers

Es triumphiert der als Essen verkleidete Abfall: Diese Industrie erobert die Gaumen der Welt und schlägt die Traditionen der örtlichen Küche kurz und klein. Die Sitten des guten Essens, die von weither kommen, haben in manchen Ländern tausende von Jahren Raffinesse und Vielfalt und sind ein kollektives Erbe der Menschheit, das sich auf irgendeine Weise auf dem Herd von allen befindet und nicht nur auf dem Tisch der Reichen. Diese Traditionen, diese Zeichen kultureller Identität, diese Feste des Lebens, werden auf blitzartige Weise durch den Einschlag des chemischen und einzigen Geschmacks zerstört: Die Globalisierung des Hamburgers, die Diktatur des weltweiten «fast foods». Das weltweite Plastikessen, Werk von McDonald's, Burger King und anderen Fabriken, verletzt erfolgreich das Selbstbestimmungsrecht der Küche: Heiliges Recht, denn im Mund hat die Seele eine ihrer Türen.

Der Fussballweltmeister von 98 bestätigt unter anderem, dass die Kreditkarte MasterCard die Muskeln stärkt, dass Coca-Cola ewige Jugend schenkt, und dass das Menü von McDonald's in keinem Bauch eines guten Athleten fehlen darf. Die riesige Armee von McDonald's schiesst Hamburger in die Mäuler von Kindern und Erwachsenen auf dem ganzen Planeten. Der doppelte Bogen dieses M's diente während der kürzlichen Eroberung der Länder Osteuropas als Standarte. Die Schlangen vor McDonald's in Moskau, 1990 mit Pauken und Trompeten eingeweiht, symbolisiert den Sieg des Westens mit so viel Beredsamkeit, wie mit dem Fall der Berliner Mauer.

Ein Zeichen der Zeit: Dieses Unternehmen, das die Tugenden der freien Welt in sich trägt, verweigert seinen Angestellten die Freiheit sich in einer Gewerkschaft zu organisieren und verletzt so ein legales und in vielen Ländern, in denen es operiert, auch bestätigtes Recht. 1997 versuchten sich einige ArbeiterInnen, Mitglieder von der vom Unternehmen so genannten Macfamilie, in einem Restaurant von Montreal in Kanada gewerkschaftlich zu organisieren: Das Restaurant schloss.

Freie Zeit, Gefangenenzeit

Die Massenkonsumenten erhalten Befehle in einer universellen Sprache: Die Werbung erreichte, was das Esperanto wollte und nicht durfte. Überall verstehen alle die Botschaften, die der Fernseher übermittelt. Im letzten Viertel des Jahrhunderts verdoppelten sich die Ausgaben der Werbung auf der Welt. Dank ihnen trinken die armen Kinder immer mehr Coca Cola und immer weniger Milch und die Freizeit wird zur Pflicht-Konsumzeit. Freie Zeit, Gefangenenzeit: Die sehr armen Häuser haben kein Bett, aber sie besitzen einen Fernsehapparat und der Fernseher hat das Wort. Auf Raten gekauft beweist dieses Tierchen die demokratische Berufung des Fortschritts: Niemand hört zu, aber es spricht für alle. Arme und Reiche lernen so die Tugenden des letzten Automodells kennen und Arme und Reiche erfahren die vorteilhaften Ratenzahlungen, die diese oder jene Bank anbietet.

Die Experten verstehen es, Waren in Zaubereinheiten gegen die Einsamkeit zu verwandeln. Die Dinge haben menschliche Bestimmungen: Sie streicheln, begleiten, verstehen, helfen, das Parfüm küsst dich und das Auto ist der Freund, der niemals versagt. Die Kultur des Konsums machte aus der Einsamkeit den lukrativsten der Märkte. Die Öffnungen der Brust füllen sich, vollgestopft mit Dingen, oder davon träumend, es zu tun. Und die Dinge können nicht nur umarmen: Sie können auch Symbole des sozialen Aufstiegs sein, Passierscheine, um die Grenzen der Klassengesellschaft zu überwinden, Schlüssel, die verbotene Türen öffnen. Um so exklusiver, um so besser: Die Dinge wählen dich aus und retten dich aus der Massenanonymität. Die Werbung informiert nicht über das Produkt, das sie verkauft, oder seltene Male tut sie das. Das ist das wenigste. Ihre Funktion besteht in erster Linie in der Frustkompensierung und in der Nährung von Fantasien: In wen möchten Sie sich verwandeln, wenn Sie diese Rasierlotion kaufen?

Der Kriminologe Anthony Platt beobachtete, dass die Straftaten auf der Strasse nicht nur Folge extremer Armut sind. Sie sind auch die Frucht der individualistischen Ethik. Die gesellschaftliche Besessenheit des Erfolgs, sagt Platt, wirkt sich entscheidend auf die illegale Aneignung der Dinge aus. Ich hörte immer sagen, dass Geld nicht glücklich macht; aber jeder arme Fernsehzuschauer hat genügend Motive zu glauben, dass das Geld etwas ähnliches herstellt, dass der Unterschied eine Angelegenheit von Spezialisten ist.

Wer «trifft» sich noch?

Gemäss dem Historiker Eric Hobsbawm beendete das zwanzigste Jahrhundert sieben Millionen Jahre menschlichen, auf die Landwirtschaft konzentrierten Lebens. Die Bevölkerung auf der Welt schliesst sich in Städte ein; die Bauern werden Bürger. In Lateinamerika haben wir verlassene Felder und enorme städtische Ameisenhaufen: Die grössten Städte der Welt und die ungerechtesten. Von der modernen Exportlandwirtschaft vertrieben und durch die Erosion ihrer Ländereien fallen die Bauern in die Vorstädte ein. Sie glauben, dass Gott überall ist, aber aus Erfahrung wissen sie, dass er sich um die Grosstädte kümmert. Die Städte versprechen Arbeit, Wohlstand, eine Zukunft für die Kinder. Auf dem Land sehen die Geduldigen das Leben vorbeiziehen und sterben gähnend; in den Städten geschieht das Leben und es ruft. Zusammengepfercht in ärmlichen Behausungen entdecken die zuletzt Angekommenen zuerst, dass die Arbeit fehlt und die Arme überflüssig sind, dass es nichts umsonst gibt und dass die teuersten Luxusartikel die Luft und die Ruhe sind.

Während das 14. Jahrhundert geboren wurde, sprach Kloster-Bruder Giordana da Rivalto in Florenz eine Lobrede auf die Städte. Er sagte, dass die Städte wuchsen, «weil sich die Leute gerne zusammentun». Sich vereinigen, sich treffen. Jetzt, wer trifft wen? Trifft die Hoffnung die Wirklichkeit? Der Wunsch, trifft er sich mit der Welt? Und die Leute, treffen sie sich mit den Menschen? Wenn sich die menschlichen Beziehungen auf Beziehungen zwischen Dingen reduziert haben, wie viele Leute treffen sich mit den Dingen?

Wallfahrten zum Wal-Mart

Die ganze Welt neigt dazu, sich in einen grossen Fernsehbildschirm zu verwandeln, auf dem die Dinge sich anschauen, aber nicht berühren. Die Waren im Angebot fallen ein und privatisieren den öffentlichen Raum. Die Bus- und Zugbahnhöfe, die bis vor kurzem Treffpunkt von Menschen waren, werden jetzt zu kommerziellen Ausstellungsräumen.

Das Shopping Zentrum, oder die Shopping Meile, Schaufenster aller Schaufenster, drückt seine überwältigende Anwesenheit durch. Die Massen strömen in Wallfahrten zu diesem Gross-Tempel der Konsummesse herbei. Die Mehrheit der Gottergebenen betrachtet in Ekstase die Dinge, die ihre Geldbeutel nicht bezahlen können, während sich die Minderheit der Käufer der ununterbrochenen und erschöpfenden Angebotsbombardierung unterwirft. Das Gedränge, das mit der Rolltreppe hoch und runterfährt, reist um die ganze Welt: Die Modellpuppen ziehen sich wie in Mailand oder Paris an und die Maschinen klingen wie in Chicago und um zu sehen und zu hören ist es nicht notwendig den Fahrpreis zu bezahlen. Die von den Dörfern im Inneren gekommenen Touristen, oder aus den Städten, die bisher noch nicht diesen Segnungen des modernen Glücks wert waren, stellen sich im Wal-Mart für das Foto am Fuss der bekanntesten internationalen Marken auf, wie sie früher am Fuss der Statue des Führers auf dem Platz posierten.

Beatriz Solana beobachtete, dass die Bewohner der Vorstädte ins Center, ins Shopping-Zentrum, herbeieilen, wie sie früher ins Zentrum eilten. Der traditionelle Spaziergang am Wochenende ins Zentrum der Stadt tendiert dazu, vom Ausflug in diese städtischen Zentren ersetzt zu werden. Gewaschen und gebügelt und gekämmt, angezogen mit ihrer besten Galakleidung, kommen die Besucher auf ein Fest, auf das sie nicht eingeladen sind, aber sie können Zaungäste sein. Ganze Familien beginnen die Reise in der Raumkapsel, die ein Universum des Konsums durchläuft, in dem die Ästhetik des Marktes eine erstaunliche Landschaft von Modellen, Marken und Etiketten entworfen hat.

Konsumkultur, Kultur des Flüchtigen. Alles ändert sich schwindelerregend beim Rhythmus der Mode. Die Dinge altern während eines Blinzelns um von anderen kurzlebigen Dingen ersetzt zu werden. Heutzutage ist das einzige, das bestehen bleibt, die Unsicherheit; die Waren, zur Nicht-Dauer fabriziert, zeigen sich so flüchtig wie das Kapital, das sie finanziert und die Arbeit, die sie schafft. Das Geld fliegt mit Lichtgeschwindigkeit: Gestern war es dort, heute ist es hier, morgen wer weiss wo und alle Arbeiter sind potenziell arbeitslos.

Die Besitzer der Welt benutzen die Erde, als ob sie ausschaltbar wäre: Eine Ware des flüchtigen Lebens, die sich ausverkauft. Aber in welche andere Welt werden wir umziehen? Sind wir alle dazu verpflichtet das Märchen zu glauben, Gott habe den Planeten an einige Unternehmen verkauft, weil er schlecht gelaunt entschied, das Universum zu privatisieren? Die Konsumgesellschaft ist eine Dummenfänger-Falle. Diejenigen, die das Heft in der Hand haben, täuschen vor es zu ignorieren, aber jeder, der Augen im Kopf hat, kann sehen, dass die grosse Mehrheit der Leute wenig konsumiert, sehr wenig oder notwendigerweise nichts, um die Existenz der wenigen Natur, die uns bleibt, zu garantieren. Die soziale Ungerechtigkeit ist weder ein zu korrigierender Irrtum, noch ein zu überwindender Fehler: Sie ist eine grundlegende Notwendigkeit. Es gibt keine Natur, die in der Lage ist ein Shopping-Center in der Grösse des Planeten zu ernähren.

Übersetzt aus dem Spanischen von Isolda Bohler, Mitglied von Tlaxcala, dem Übersetzernetzwerk für sprachliche Vielfalt.

Nahrungsmittel als Kraftstoff?

Völkermord

Ende März 2007 hat sich Fidel Castro in einem Leitartikel für die kubanische Tageszeitung «Granma» unter dem Titel «Internationalisierung des Völkermordes» zu den Projekten geäussert, Nahrungsmittel in Kraftstoff zu verwandeln. Wir dokumentieren seine Überlegungen in gekürzter Form.

Von Fidel Castro

Niemand hat (bisher) die Grundfrage beantwortet: Wer wird die mehr als 500 Millionen Tonnen Mais und anderer Getreidearten liefern, welche die Vereinigten Staaten, Europa und die reichen Länder benötigen, um die (enormen Mengen) Äthanol zu erzeugen? Wo werden die Sojabohnen, die Sonnenblumenkerne und Rapssamen angebaut werden, deren essentielle Öle eben jene reichen Länder in Kraftstoff verwandeln werden und wer wird dies tun?

Die fünf hauptsächlichen Erzeuger von Mais, Gerste, Moorhirse, Roggen, Hirse und Hafer, welche Bush in Rohstoff zur Äthanolerzeugung verwandeln will, beliefern neuesten Angaben zufolge den Weltmarkt mit 679 Millionen Tonnen. Gleichzeitig benötigen die fünf hauptsächlichen Verbraucher, von denen einige auch die grössten Erzeuger dieser Körner sind, zurzeit jährlich 604 Millionen Tonnen.

Der zur Verfügung stehende Überschuss schrumpft also auf weniger als 80 Millionen Tonnen. Diese kolossale Verschwendung von Getreide zur Kraftstofferzeugung würde nur dazu dienen, den reichen Ländern weniger als 15 Prozent des Jahresverbrauchs ihrer gefrässigen Autos einzusparen.

Bush hat in Camp David seine Absicht erklärt, diese Formel im Weltmassstab anzuwenden, was nichts anderes als die Internationalisierung des Völkermords bedeutet.

Dutzende Länder fördern keinen Kohlenwasserstoff und können weder Mais oder andere Körner, noch ölhaltige Samen erzeugen, da sie selbst zur Deckung ihrer elementarsten Bedürfnisse nicht ausreichend Wasser zur Verfügung haben.

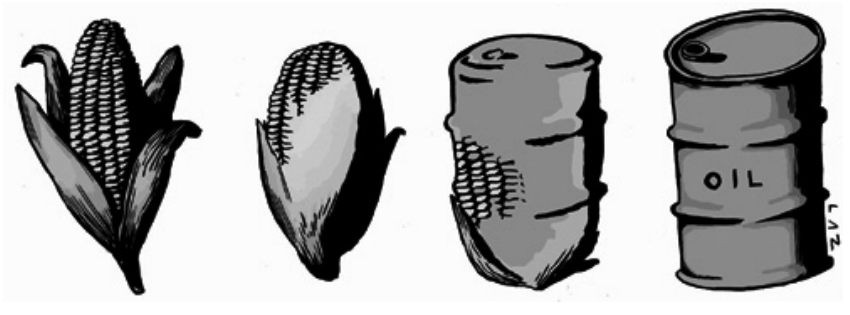
Der Holländer Loek Boonekamp, Direktor für Agrarmarkt und Agrarhandel der Organisation für Zusammenarbeit und Entwicklung (OCDE) hat vor der Presse erklärt:

«Die Regierungen ... sollten einen kühlen Blick dafür bewahren, ob es eine solch starke Unterstützung für das Äthanol geben sollte… Die Äthanolerzeugung ist nur in den Vereinigten Staaten machbar; in keinem anderen Land, es sei denn, man würde Subventionen anwenden… Heutzutage veranlassen die entwickelten Länder, dass die fossilen Kraftstoffe mit ca. 5 Prozent Biokraftstoff gemischt werden und das übt schon Druck auf die Agrarpreise aus. Wenn dies auf 10 Prozent gehoben würde, würde man 30 Prozent der angebauten Landwirtschaftsfläche in den Vereinigten Staaten und 50 Prozent der von Europa benötigen. Deshalb frage ich, ob das nachhaltig ist. Der steigende Bedarf an Pflanzungen für Äthanol wird höhere und schwankendere Preise hervorrufen.»

Das Schlimmste kann noch vor uns stehen: ein neuer Krieg zur Absicherung der Erdgas- und Erdöllieferungen, der die menschliche Gattung an den Rand des Abgrunds versetzen könnte.

Währenddessen gibt die Regierung der Vereinigten Staaten Hunderte Milliarden für die Entwicklung technologisch hochentwickelter Waffen aus, u.a. von neuen Atomwaffen. Die Vereinigten Staaten ignorieren vollkommen, dass die Weltöffentlichkeit gegen jede Art von Atomwaffen ist.

Die Verwendung fruchtbarer Böden für Kraftstofferzeugung, die dadurch zu erwartenden Preissteigerungen für Nahrungsmittel, die Verschwendung des Volksvermögens der USA für Rüstung und Krieg sowie die dadurch entstehende internationale Rüstungsspirale – woher werden die armen Länder der Dritten Welt dann die Minimalressourcen zum Überleben nehmen?



Alltag im Gazastreifen. Foto Adnan Abu Hasna (UNRWA).

Hamas und das israelische Existenzrecht

Mekka entgegen

Die Forderung nach Anerkennung des Existenzrechtes von Israel, die an die palästinensische Einheitsregierung gestellt wird, verfolgt nach Meinung des israelischen Autors und Friedenskämpfers Uri Avnery zwei Absichten: zum einen soll die internationale Gemeinschaft davon überzeugt werden, die neue Einheitsregierung nicht anzuerkennen, und zum anderen soll die Weigerung der israelischen Regierung, sich auf Friedensverhandlungen mit dieser Regierung einzulassen, gerechtfertigt werden.

Von Uri Avnery

Muss ein Indianer das Existenzrecht der Vereinigten Staaten anerkennen?

Eine interessante Frage. Die USA wurden von Europäern gegründet, die einen Kontinent eroberten, der ihnen nicht gehörte, die den Grossteil der indigenen Bevölkerung (die «Indianer») in einem langen Völkermordfeldzug auslöschte, und die die Arbeit von Millionen Sklaven ausbeuteten, die brutal aus ihren Leben in Afrika gerissen wurden. Und dabei haben wir noch gar nicht erwähnt, was heute geschieht. Muss also ein indianischer Ureinwohner – oder überhaupt irgendjemand – das Existenzrecht eines solchen Staates anerkennen?

Aber niemand stellt diese Frage. Die Vereinigten Staaten kümmern sich einen Dreck darum, ob irgendjemand ihr Existenzrecht anerkennt oder nicht. Sie verlangen dies nicht von Staaten mit denen sie offizielle Beziehungen pflegen.

Warum? Weil dies komplett lächerlich wäre.

O.k., die Vereinigten Staaten sind älter als der israelische Staat, und natürlich auch grösser und mächtiger. Aber auch Länder, die keine Supermächte sind, verlangen dies nicht. Von Indien zum Beispiel wird nicht erwartet, Pakistans «Existenzrecht» anzuerkennen, obwohl Pakistan zur selben Zeit wie Israel gegründet wurde, und dies – wie im Falle Israels auch – auf Grundlage einer ethnisch-religiösen Basis.

Also warum wird von der Hamas verlangt, «Israels Existenzrecht anzuerkennen»?

Wenn ein Staat einen anderen «anerkennt», so handelt es sich dabei um eine formelle Bestätigung eines bereits existierenden Faktums. Dies beinhaltet nicht Zustimmung. Von der Sowjetunion wurde nicht verlangt, die Existenz der USA als kapitalistischem Staat anzuerkennen. Nikita Chruschtschow versprach 1956 ganz gegenteilig, die USA zu «beerdigen». Die USA wiederum erkannten zu keiner Zeit das Recht der Sowjetunion an, als kommunistischer Staat zu existieren.

Also warum wird diese seltsame Forderung den Palästinensern angetragen? Warum sollen sie das Existenzrecht Israels als jüdischem Staat anerkennen?

Ich bin ein israelischer Patriot, und ich bedarf niemandes Anerkennung des Rechts meines Staates zu existieren. Mir reicht es vollkommen, wenn jemand bereit ist, mit mir Frieden zu schliessen, und zwar auf der Grundlage von gemeinschaftlich ausgehandelten Bedingungen und Grenzziehungen. Ich bin bereit, die Geschichte, Ideologie und Theologie dieser Materie den Theologen, Ideologen und Historikern zu überlassen.

Vielleicht sind wir auch 60 Jahre nach Staatsgründung und nachdem wir eine Regionalmacht geworden sind, unserer selbst immer noch derartig unsicher, dass wir nach der stetigen Bestätigung unseres Existenzrechts von Seiten anderer verlangen – und dies ausgerechnet von dem Volk, dass wir seit nunmehr 40 Jahren unterdrücken. Vielleicht ist es immer noch die Ghetto-Mentalität, die uns derartig tief eingegraben ist.

Arafat änderte Spielregeln

Aber diese Forderung, die jetzt an die palästinensische Einheitsregierung gestellt wird, ist keinesfalls ehrlich. Im Hintergrund steht eine politische Absicht, genauer genommen zwei Absichten: zum einen soll die internationale Gemeinschaft davon überzeugt werden, die neue Einheitsregierung nicht anzuerkennen, und zum anderen soll die Weigerung der israelischen Regierung, sich auf Friedensverhandlungen mit dieser Regierung einzulassen, gerechtfertigt werden.

Die Briten bezeichnen einen solchen Zug als Bückling («roter Hering») – gemeint ist ein stark riechender Fisch, mit dem ein Ausbrecher die verfolgenden Hunde von ihrer Fährte abbringt, indem er den Fisch über den Weg schleift.

Als ich jung war, sagten die jüdischen Leute in Palästina gerne: «Unsere Geheimwaffe ist die arabische Verweigerung.» Immer sobald jemand einen Friedensplan vorschlug, konnten wir uns auf das «Nein» der arabischen Seite verlassen. Richtig, die zionistische Führung war gegen jeglichen Kompromiss, der den Status quo befestigt, und damit das Momentum der zionistischen Expansions- und Siedlungsbewegung gestoppt hätte. Dennoch sagten die zionistischen Führer «Ja» und «Wir reichen unsere Hände zum Frieden» – und konnten sich dabei darauf verlassen, dass die Araber den Vorschlag schon torpedieren würden.

Das war für den Zeitraum von hundert Jahren gültig, bis Yassir Arafat die Spielregeln änderte, Israel anerkannte und das Osloabkommen unterschrieb, welches die Festlegung der endgültigen Grenzziehung bis spätestens 1999 festlegte. Bis zum heutigen Tag haben diese Endstatusverhandlungen noch nicht einmal begonnen. Die aufeinander folgenden israelischen Regierungen verhinderten dies, da sie unter keinen Umständen dazu bereit waren, endgültigen Grenzziehungen zuzustimmen. (Beim Camp David Treffen im Jahr 2000 handelte es sich nicht um echte Verhandlungen – Ehud Barak hatte das Treffen ohne jegliche Vorbereitung zusammengerufen, seine Bedingungen den Palästinensern diktiert und den Dialog abgebrochen, sobald sie diese verweigerten).

Nach dem Tode Arafats, wurde die Weigerung schwieriger und schwieriger. Arafat wurde immer als Terrorist, Lügner und Betrüger dargestellt. Mahmud Abbas aber wurde von jedermann als ehrlicher Mensch anerkannt, der tatsächlich nach Frieden strebe. Dennoch gelang es Ariel Sharon, jegliche Verhandlungen mit ihm zu vermeiden. Die «unilaterale Trennung» diente diesem Zweck. Präsident Bush unterstützte ihn dabei tatkräftig.

Nun, Sharon erlitt seinen Schlaganfall, und Olmert nahm seinen Platz ein. Und dann geschah etwas, das in Jerusalem für grosse Freude sorgte: die Palästinenser wählten die Hamas.

Wie wunderbar! Immerhin bezeichneten sowohl die USA als auch Europa die Hamas als Terrororganisation! Hamas ist Teil der schiitischen Achse des Bösen! (Sie sind keine Schiiten, aber wen kümmert´s schon!) Hamas erkennt Israel nicht an! Hamas versucht Mahmud Abbas zu eliminieren, den noblen Mann des Friedens! Selbstverständlich ist es weder notwendig, noch machte es Sinn, mit einer solchen Bande Verhandlungen über Frieden und Grenzen zu führen.

Und tatsächlich boykottieren die Vereinigten Staaten und ihre europäischen Satelliten die palästinensische Regierung und lassen die palästinensische Bevölkerung hungern. Sie haben drei Bedingungen für die Aufhebung der Blockade gesetzt: a) dass die palästinensische Regierung und die Hamas das Existenzrecht Israels anerkennen, b) dass sie den «Terror» beenden müssen, und c) dass sie die mit der PLO unterzeichneten Verträge erfüllen müssen.

Oberflächlich gesehen, macht all das Sinn. In der Realität hingegen nichts von alledem. Weil all diese Bedingungen komplett einseitig sind:

a) die Palästinenser müssen Israels Existenzrecht anerkennen (ohne jedoch dessen Grenzen zugleich definieren zu können), die israelische Regierung hingegen muss nicht das Existenzrecht eines palästinensischen Staates anerkennen.

b) die Palästinenser müssen dem «Terror» ein Ende setzen, aber die israelische Regierung muss nicht seine militärischen Aktionen in den besetzten Gebieten beenden oder mit dem Siedlungsbau aufhören. Die «Roadmap» hatte genau dies tatsächlich gefordert, wird aber von jedermann ignoriert, insbesondere von den Amerikanern.

c) die Palästinenser müssen die Verträge erfüllen, nicht aber die israelische Regierung, die nahezu alle Artikel der Verträge von Oslo gebrochen hat. Unter anderem: die Eröffnung einer «sicheren Passage» zwischen der Westbank und dem Gazastreifen, den Vollzug der dritten «militärischen Rückzugsphase» (Rückzug von palästinensischem Gebiet), die Behandlung der Westbank und des Gazastreifens als einer Entität, und so weiter und so fort.

Seitdem die Hamas an die Macht gekommen ist, haben ihre Führer verstanden, dass sie flexibler werden müssen. Sie haben ein offenes Ohr für die Befindlichkeit ihres Volkes. Die palästinensische Bevölkerung sehnt sich nach einem Ende der Besatzung und einem Leben in Frieden. Daher hat sich die Hamas Schritt für Schritt einer Anerkennung Israels angenähert. Ihre religiöse Doktrin erlaubt ihnen nicht, dies öffentlich zu deklarieren (jüdische Fundamentalisten lassen auch nicht von dem Wort «Deinen Nachfahren gebe ich dieses Land»), aber sie hat dies sehr wohl indirekt getan. Ein kleiner Schritt, aber eine grosse Revolution.

Hamas hat seine Unterstützung für die Schaffung eines palästinensischen Staates innerhalb der 1967-er Grenze verkündet – wohlgemerkt: nicht statt Israel, sondern an Israels Seite (noch kürzlich hat der ehemalige Minister Kadura Fares wiederholt, dass der Hamas-Führer Khalel Mashal dies bestätigt hat). Hamas hat Mahmud Abbas mit der Verhandlungsvollmacht mit Israel ausgestattet und sich von vorneherein verpflichtet, jeglicher durch ein Referendum ratifizierten Übereinkunft zuzustimmen. Abbas befürwortet natürlich die Schaffung eines palästinensischen Staates neben Israel entlang der Grünen Linie. Es gibt keinen geringsten Zweifel daran, dass die grosse Mehrheit der Palästinenser einem solchen Vertrag zustimmen würde, sobald er ausgehandelt wäre.

Das Mekka-Abkommen

In Jerusalem macht sich die Sorge breit. Wenn dies so weiter geht, könnte die Welt glatt den Eindruck erhalten, dass sich die Hamas geändert hat, und daraufhin – Gott behüte! – die ökonomischen Sanktionen gegen die Palästinenser aufheben.

Nun kommt (in Mekka) der saudische König dazu und stört Olmerts Pläne noch einmal zusätzlich.

In einem beeindruckenden Ereignis, im Angesicht der heiligsten Stätte des Islam, beendete der König die blutige Fehde zwischen den palästinensischen Sicherheitsorganen und bereitete den Grund für eine palästinensische Einheitsregierung. Hamas verpflichtete sich, die von der PLO unterzeichneten Verträge, einschliesslich des Oslo-Abkommens, das ja die gegenseitige Anerkennung des Staates Israel und der PLO als legitime Vertretung des palästinensischen Volkes beinhaltete, zu respektieren.

Der König hat damit die palästinensische Sache aus der Umklammerung des Iran gelöst, an die sich die Hamas aufgrund mangelnder Alternativen gewandt hatte, und hat Hamas damit in den Schoss der sunnitischen Familie zurückgeführt. Da Saudi-Arabien der Hauptalliierte der USA im arabischen Raum ist, haben sie damit zugleich die palästinensische Sache mit Nachdruck auf den Arbeitstisch des Oval Office gebracht.

In Jerusalem wäre beinahe Panik ausgebrochen. Dies ist der bedrückendste aller Albträume: die Angst, dass die uneingeschränkte Unterstützung Israels durch die USA und Europa beeinträchtigt werden könnte.

Die Panik zeitigte unmittelbare Resultate: «politische Kreise» in Jerusalem verkündeten die Ablehnung des Mekka-Abkommens. Dann setzte ein zweiter Gedanke ein. Shimon Peres, der bereits seit langem gekrönte Meister der «Jein»-Methode, überzeugte Olmert, dass das rüde «Nein» durch ein etwas gefälligeres «Nein» zu ersetzen sei. Zu diesem Zwecke wurde erneut der Bückling aus dem Kühlschrank genommen.

Es reicht nicht aus, dass die Hamas Israel de facto anerkennt. Israel besteht darauf, dass sein «Existenzrecht» auch noch anzuerkennen sei. Politische Anerkennung reicht nicht aus, es bedarf der ideologischen Anerkennung. Getreu dieser Logik könnte man auch gleich verlangen, dass Hamas-Chef Khaled Mashal doch bitte der Zionistischen Bewegung beitreten solle.

Wenn jemand denkt, dass Frieden für Israel wichtiger ist als Expansion und Siedlungen, dann muss derjenige die im Mekka-Abkommen dokumentierte Wandlung der Hamas begrüssen – und die Organisation darin bestärken diesen Weg fortzusetzen. Dem König Saudi Arabiens, dem es bereits gelungen ist alle arabischen Staaten dazu zu bewegen, Israel im Gegenzug gegen die Schaffung eines palästinensischen Staates innerhalb der Grünen Linie anzuerkennen, sollte aufs herzlichste gratuliert werden.

Aber wenn jemand den Frieden ablehnt, weil dieser die Grenzen Israels endgültig festsetzen und keine weitere Ausdehnung erlauben würde, dann wird er alles tun, um die Amerikaner und Europäer davon zu überzeugen, dass der Boykott der palästinensischen Regierung und des palästinensischen Volkes aufrechtzuerhalten sei.

Die Amerikaner haben nun ein Problem. Auf der einen Seite brauchen sie den saudi-arabischen König. Nicht nur sitzt er auf grossen Ölreserven, sondern er ist auch der Eckstein des «moderaten sunnitischen Blocks». Wenn der König Bush sagen sollte, dass die Lösung des palästinensischen Problems gebraucht werde, um die wachsende Einflussnahme des Iran im Nahen Osten zu verhindern, so ist dies eine Äusserung von grossem Gewicht. Falls Bush einen militärischen Angriff auf den Iran plant – und es hat den Anschein, dass er dies tut – so ist es wichtig für ihn die Sunniten vereinigt an seiner Seite zu wissen.

Andererseits ist Bush auf die Pro-Israel-Lobby – sowohl auf die jüdische als auch die christliche – angewiesen. Es ist für ihn insbesondere von vitalem Interesse, die «Christliche Basis» der Republikaner hinter sich zu wissen, die die radikale Rechte in Israel unterstützen, komme da, was da wolle.

Also, was muss getan werden? Nichts. Für dieses Nichts fand Condi Rice im Fundus des aktuellen amerikanischen Slang einen geeigneten diplomatischen Slogan: «Neue politische Horizonte».

Offensichtlich hat sie nicht über die Bedeutung dieser Worte nachgedacht. Denn der Horizont ist etwas, das man niemals erreicht: umso mehr du dich ihm näherst, umso mehr zieht er sich zurück.

Aus dem Englischen: Christoph Glanz, vom Verfasser autorisiert

In Kürze

Vietnam 2007

Die Basler Frauenvereinigung für Frieden und Fortschritt und die Gesellschaft Schweiz-Vietnam laden ein zu einem Informationsabend mit *Anjuska Weil* über das heutige Vietnam.

Viele Jahre stand Vietnam für jenen grausamen Krieg, mit dem die hochgerüstete US Army das Land der Reisbauern «in die Steinzeit zurück bombte» – und den heldenhaften Kampf, mit dem die Grossmacht besiegt wurde.

Heute hören wir von Vietnam vor allem als Tourismusdestination, manchmal auch im Zusammenhang mit dem Wirtschaftsaufschwung in Ostasien.

Anjuska Weil ist seit 40 Jahren mit dem Land verbunden und besucht es seit über 20 Jahren regelmässig. Sie vermittelt uns Einblicke in das heutige Vietnam, in seine Auf- und Umbrüche, in den Alltag der Menschen und das Erbe jenes Krieges, der noch heute, mehr als 30 Jahre danach, Opfer fordert.

Mittwoch, 9. Mai 2007, 20.00 Uhr, Basel, im Schmiedenhof, kleiner Saal, auf dem Rümelinsplatz.

Solidaritätsbasar mit Bildern und Kunsthandwerk.

«Die Kinder im Gazastreifen können nirgendwohin, sie sind den täglichen Kriegsgefahren einfach so ausgeliefert.» Foto OCHOA

Persönliche Eindrücke einer Reisenden

Ferien-Israel und die Realität

Ferien-Israel. Man könnte es geniessen. Jenny Bolliger aus Basel hat vor einem Einsatz als Menschenrechtsbeobachterin in Israel/Palästina das Gebiet als Touristin bereist (siehe auch UW 1/07).

Von Jenny Bolliger

Wir haben uns im schwarzen Meer treiben lassen, am Genezareth-See Fisch gegessen, sind nahe den Golanhöhen getrekkt, an riesigen Bananen-, Avocado-, Orangenplantagen und Olivenhainen vorbeigefahren und haben im wunderschönen Akko – uraltes, von den Kreuzrittern geprägtes Städtchen, und in Beit Shean – Ausgrabungsstätte mit römischen und osmanischen Funden – unsere Geschichtskenntnisse aufgefrischt. Sind in Ramallah im arabischen Souqwirrwarr ab- und wieder aufgetaucht, haben uns in Jerusalem, Nazareth und Bethlehem etwas gläubiger gefühlt als auch schon und dabei jeden Tag von neuem das schöne Sonnenuntergangslicht genossen. Tagsüber ist es heiss, wer glaubt dabei dass es schon Dezember ist und landschaftlich werden wir dauernd von neuem überrascht.

Am Shabbat läuft nichts, noch tausendmal schlimmer als unsere Sonntage und ich bin gezwungen an Ort und Stelle zu bleiben; Anlass um wieder mal zu verschnaufen und zu schreiben.

Dies das Ferienisrael. Man könnte es geniessen und bewusst oder nicht der Fassade glauben schenken die die Wirklichkeit verhüllt. Israelische Karten und die meisten Reiseführer erzählen wenig oder nichts von der Westbank und vom Gazastreifen (abgesehen von Bethlehem), dort gäbe es sowieso nichts zu sehen und es sei zu gefährlich höre ich immer wieder (es ist nicht gefährlicher als anderswo; abgesehen von den Nächten in den Flüchtlingslagern in denen die Armee sehr präsent ist).

Verhüllt werden die Ungerechtigkeiten, die täglichen Demütigungen, der Hass, die Angst, die Hoffnungslosigkeit, Wut, Resignation die hier allgegenwärtig sind. Ich höre mir die Geschichten der Menschen in der Westbank an, verzweifelte Geschichten die sich gleichen, immer wieder dieselben. Fragen zu stellen bringt hier nicht viel, Antworten gibt es keine. Daoud erzählt wie er um sein Land – umgeben von fünf Siedlungen – kämpft. Davon, dass die Siedler viele seiner Olivenbäume zerstört haben. Ibrahim muss sein Studium immer wieder unterbrechen da Geld fehlt, Said wurde von fünf Soldaten zusammengeschlagen weil er Abfall aus dem Fenster warf, Aylam berichtet davon, dass sie nicht ins nahe Nablus darf, da sie im Flüchtlingscamp Jenin lebt und dies bekannt für seine bewaffneten Kämpfer ist, Ilianas Brüder sitzen seit längerem ohne Prozesse im Gefängnis (Israel hält potenzielle! Selbstmordattentäter fest), Salim hatte schon länger keinen Zugang mehr zu seinem Land (und laut israelischem Recht darf unbestelltes Land nach einer gewissen Zeit konfisziert werden), Meisun ist fünf und ist sich die Geräusch von Panzern und Schüssen gewöhnt, hier in Bethlehem wo ich gerade eine Wohnung hüte, müssen wir sehr sparsam mit dem Wasser umgehen, da die Siedlungen in der Nähe grosse Mengen verbrauchen…

Jeder Tag bringt neue Überraschungen mit sich. Wohl absichtlich bleibt hier in der Westbank nichts beständig, Vieles ist in einem ständigen Wandel (Strassenblockaden, Bestimmungen, Öffnungszeiten, militärische Operationen etc.) und lässt die Bevölkerung sich mit Alltäglichem beschäftigen, Politik wird zu einem Luxus. Gerade eben wurde ein neues Gesetz erschaffen, welches Autos mit gelben Nummernschildern verbietet, palästinensische Staatsangehörige mitzunehmen (Freunde und Verwandte dürfen demnach nicht mehr mitgeführt werden). Reisen innerhalb des Landes werden selten unternommen; weshalb das grosse Transparent des israelischen Tourismusdepartements beim Qalandia-Checkpoint Richtung Bethlehem auch auf Arabisch einen friedlichen Aufenthalt wünscht ist mir ein Rätsel.

Das Leben spielt sich in den kleinen Gemeinschaften ab, zwischen den zerstückelten palästinensischen autonomen Gebieten*) gibt es fast keinen Austausch. Übers Handy sind alle immer mit ihren Angehörigen in Kontakt um sich zu vergewissern das es ihnen Gut geht; alltäglicher Wahnsinn.

Wahnsinn auch auf der anderen Seite. Israels Jugend wird dazu missbraucht einen Krieg zu führen der keiner ist und meiner Meinung nach hauptsächlich dazu dient die vielen Minderheiten Israels – strenggläubige Juden, europäische und afrikanische Juden, russische Einwanderer (diese verrichten die schlecht bezahlten Jobs, welche vor der 2. Intifada die Palästinenser machten), Kibbuzniks, Beduinen, Drusen – zu vereinen um von innenpolitischen Diskrepanzen abzulenken. Die Menschen werden sehr schlecht und falsch informiert, Unwissenheit über die eigene «Aussenpolitik» ist verbreitet und das arabische Feindbild wird erfolgreich aufrechterhalten. Am meisten Angst machen mir die ignoranten, unkritischen Menschen, welche ich leider oft antreffe. Eben wird hier darüber diskutiert, ob die Landeskarte in israelischen Schulbüchern neu die grüne Linie (die Friedensabkommenslinie von 1967 umreisst die Westbank und wäre ungefähr die Linie eines zukünftigen palästinensischen Staates; heute laut internationalem Recht besetztes Gebiet) enthalten soll oder nicht. Es gibt Einheimische die in Siedlungen wohnen und nicht wissen dass ihre Häuser auf besetztem Boden stehen (die Siedlungen sind teilweise auch laut israelischem Recht verboten; die Siedlungsbefürworter besitzen aber eine starke Lobby. Entscheide des höchsten israelischen Gerichtes zugunsten palästinensischer Landbesitzer werden selten umgesetzt. Die betroffenen Ländereien werden dann einfach aus Sicherheitsgründen vom Militärgericht unter israelische Verwaltung gestellt). Andere wissen genau weshalb sie den Siedlungsbau unterstützen. Jemand zitierte kürzlich einen Satz der angeblich in der Tora stehen würde: «…wo ein Araber stand wächst nichts mehr...»

Um dies einmal klar zu stellen: Israel hat sehr wohl ein Recht sich zu verteidigen, das Leben in Israel ist ja nicht ganz ungefährlich und es gibt bestimmt genügend Menschen die tote Israelis mehr mögen als lebendige. Aber die Art und Intensität wie Israel damit umgeht stimmen nicht. Das Recht auf eine Besetzung der Westbank, des Gazastreifens, die Kontrolle über ein anderes Volk hat Israel meiner Meinung nach nicht und die militärischen Einschüchterungen sind unmenschlich. Zudem fördert der Zustand in der Westbank und im Gazastreifen Radikalismus, welcher Israel längerfristig schaden wird. Letzte Woche habe ich in der israelischen Zeitung gelesen dass die Kinder aus Sderot (wo viele aus dem Gaza abgefeuerten Raketen landen) aus aktuellen Gründen für ein Wochenende nach Eilat fuhren. Die Kinder im Gazastreifen können jedoch nirgendwohin, sie sind den täglichen Kriegsgeräuschen und Gefahren einfach so ausgeliefert. Sie sind Opfer, immer wieder; für die wiederkehrenden Entschuldigungen des israelischen Militärs habe ich nicht einmal mehr ein müdes Lächeln übrig.

Die zwei Staaten- Lösung scheint den Menschen hier auf beiden Seiten am wahrscheinlichsten. Doch dahin führt ein langer Weg. Für Israel ein schmerzhafter Prozess, trotz den eigenen Existenzängsten eingestehen, dass Besatzung, Kontrolle und Abgrenzung keine Sicherheit bringen und den Traum von einem Grossisrael endlich aufzugeben. Die palästinensische Seite muss gleichzeitig besser darauf vorbereitet werden einen eigenen Staat zu verwalten. Ich finde wir, das heisst unser Staat, Europa sollten dabei mehr Unterstützung bieten; bloss Druck durch finanzielle Regulierung auszuüben ist unfair und verantwortungslos.

Soweit der Versuch ein wenig Struktur in meine Gedanken zu bringen. Ich habe versucht aufzuschreiben was ich sehe und erlebe, was ich aus Zeitungen und aus den Gesprächen mit Friedensaktivisten und Einheimischen erfahren habe. Der Text enthält aus seelenreinerischen Gründen auch ganz persönliche Überlegungen und ist weit davon entfernt die ganze Wahrheit darzustellen.

Im Reisen liegt die Sehnsucht nach einer besseren Welt, sagte mal jemand. Ich bleibe weniger wegen der besseren Welt als wegen der Sehnsucht danach…

**) Die Westbank ist nach dem Oslo-abkommen in drei Zonen eingeteilt. Zone A politisch und militärisch unter palästinensischer Kontrolle, Zone B politisch voll unter palästinensischer, militärisch unter israelischer und palästinensischer Kontrolle und Zone C politisch und militärisch unter israelischer Verwaltung. Karten sind auf www.ochaopt.org zu sehen.*

Occupation

Eine Fotoausstellung von Jenny Bolliger über das Leben der Palästinenserinnen und Palästinenser.

Die Ausstellung im bg25 an der Brunngasse 25 in Bern dauert vom 3. – 20. Mai und ist jeweils Donnerstag bis Samstag von 14.00 – 20.00 Uhr geöffnet.

Eröffnungsapéro Donnerstag, 3. Mai, 19.00 Uhr.

In Kürze

Vorbildliches Belgien

Belgien hat als weltweit erster Staat ein Gesetz verabschiedet, das die Finanzierung von Landminen- und Streubomben-Produzenten untersagt. Nach dem neuen Gesetz können Banken, Versicherungen und Investment Fonds rechtlich belangt werden, wenn sie «direkt oder indirekt ein Unternehmen finanzieren, das – auch in eingeschränkter Weise – Streubomben oder Anti-Personen-Minen herstellt, einsetzt oder lagert». Nichtregierungsorganisationen zufolge sind 60 belgische Finanzinstitute davon betroffen. Das Gesetz sieht weiter vor, eine schwarze Liste mit Firmen zu erstellen, deren Aktivitäten mit Landminen oder Streubomben verbunden sind, sowie die Namen der Aktionäre, die mehr als 50% der Anteile halten. *(BaZ/SDA)*

Fortsetzung von Seite 1

ArbeiterInnen agiert und ihnen ihre Rechte vorenthält. Die Histadrut sah im Laufe von Jahrzehnten der Besatzung stillschweigend den Verbrechen des israelischen Staates gegen uns PalästinenserInnen zu.

Aus diesen Gründen rufen wir alle Gewerkschaften weltweit dazu auf,

- einerseits Boykottmassnahmen gegen die Histadrut zu verhängen und andererseits
- von ihren eigenen Regierungen zu verlangen, Schritte zu setzen, die die Besatzung unseres Landes endlich aufheben und die volle Umsetzung der Rechte des palästinensischen Volkes sicherstellen können.

Leben unter israelischer Besatzung

Seit Juli 2002 hat die Besatzungsmacht die Situation wesentlich verschärft: Sie ist dazu übergegangen ihre Kontrolle über unser Land mit dem Bau der Apartheidmauer einzubetonieren, und dadurch neue Tatsachen zu schaffen. Das Westjordanland gleicht seither einem Flickenteppich aus abgeriegelten Gettos, die Zwangsenteignung palästinensischer Grundstücke wird in atemberaubendem Tempo vorangetrieben. PalästinenserInnen werden zunehmend von den Grundstücken und den Wasserquellen, die ihre Lebensgrundlage darstellen, abgeschnitten. Der Druck durch rassistische Vorschriften wurde erhöht und der Traum von einem unabhängigen palästinensischen Staat wird durch diese Massnahmen der Besatzungsmacht mehr und mehr zerstört.

Die Besatzungsmacht verübt ungestört politische Morde, die als «gezielte Tötungen» Eingang in den alltäglichen Sprachgebrauch gefunden haben. Woche für Woche werden palästinensische Wohnhäuser dem Erdboden gleichgemacht und die Vertreibung der palästinensischen BewohnerInnen Jerusalems aus ihrer Stadt geht mit grossen Schritten voran. In unserer Hauptstadt werden mehr und mehr Gebäude und historische wertvolle Orte ausgelöscht. Sogar die heiligen Stätten sind bedroht.

Die palästinensische Wirtschaft droht unter der Politik der Besatzungsmacht zu kollabieren, unsere Produktionsstätten werden angegriffen, palästinensische ArbeiterInnen sind von extremsten Formen der Ausbeutung betroffen. Die Besatzungsmacht schreckt auch vor der Aushungerung unseres Volkes nicht zurück, um uns zur Aufgabe unserer legitimen Forderungen zu zwingen. (...)

Wir fordern alle Gewerkschaften weltweit auf, (...) eigene Boykottaktionen ins Leben zu rufen. Wir hoffen darauf, dass es gelingen wird, die jeweiligen länderspezifischen Kampagnen international zu vernetzen, um dem Boykott, dem Investitionsstopp und der Forderung nach Sanktionen die maximale Durchschlagskraft zu geben.

Ziel dieser gemeinsamen Bemühungen ist es:

1. die Verbrechen gegen das palästinensische Volk und seine Rechte zu stoppen, insbesondere die Besatzung unseres Landes und die gewaltsame Vertreibung unseres Volkes
2. die Mauer des Schweigens zu durchbrechen, mit der die Regierungen die Verbrechen der Besatzungsmacht decken
3. die Einhaltung der Menschenrechte insgesamt zu stärken, indem ihre Durchsetzung sichergestellt wird
4. die Beendigung des Konfliktes durch eine gerechte und umfassende Lösung der palästinensischen Frage.

Wir grüssen alle Arbeiterinnen und Arbeiter überall auf der Welt, die für ihre Rechte kämpfen. (...)

Palästinensische Schulbücher und die Zerstörung Israels

Ohne Grenzen kein Frieden

Es ist unglaublich! In den palästinensischen Schulbüchern gibt es nicht die Spur einer Grünen Linie! Sie erkennen die Existenz Israels nicht einmal in den Grenzen von 1967 an! Sie sagen, die «zionistische Banden» haben das Land von den Arabern gestohlen. So vergiften sie den Verstand ihrer Kinder!

Von Uri Avnery

Diese grauenhaften Enthüllungen wurden dieser Tage in Israel und rund um die Welt veröffentlicht. Die Schlussfolgerung ist selbstverständlich: die palästinensische Behörde, die für die Schulbücher verantwortlich ist, kann also kein Partner bei Friedensverhandlungen sein.

Welch ein Schock!

Die Wahrheit ist, dass nichts daran neu ist. Alle paar Jahre, wenn all die andern Ausreden für eine Weigerung, mit der palästinensischen Führung zu sprechen, abgetragen sind, taucht es als letztes Argument wieder auf: Palästinensische Schulbücher rufen zur Zerstörung Israels auf!

Die Munition wird immer von einem der «professionellen» Institute geliefert, die sich mit dieser Sache beschäftigen. Es sind Stiftungen der extremen Rechten, als «wissenschaftlich» getarnt und grosszügig von jüdisch-amerikanischen Multi-Millionären gesponsert. Gut bezahlte Teams durchkämmen jeden Text, jedes Wort arabischer Medien und Schulbücher mit dem vorherbestimmten Ziel, zu beweisen, dass sie antisemitisch sind, Hass gegen Israel predigen und zum Mord an Juden aufrufen. Im Meer der Wörter wird es nicht schwierig, passende Zitate zu finden – und alles andere zu ignorieren.

Es ist also wieder einmal völlig klar: die palästinensischen Schulbücher predigen Hass gegen Israel. Sie helfen mit, eine neue Generation von Terroristen heranzuziehen. Deshalb ist es für Israel und die Welt absolut unmöglich, die Blockade gegenüber der Palästinensischen Behörde aufzuheben.

Nun, wie steht es denn damit auf unserer Seite? Wie sehen denn unsere Schulbücher aus?

Erscheint denn die Grüne Linie in ihnen? Erkennen sie das Recht der Palästinenser an, auf der anderen Seite der 1967er-Grenze einen Staat zu errichten? Lehren sie Nächstenliebe für das palästinensische Volk (oder auch nur die Anerkennung des palästinensischen Volkes) oder Respekt für die Araber im Allgemeinen oder lehren sie Grundkenntnisse über den Islam?

Die Antwort auf all diese Fragen: Absolut nicht!

Vor kurzem platzte die israelische Bildungsministerin Yuili Tamir mit einer bombastischen Ankündigung heraus: sie beabsichtige, die Grüne Linie wieder in die Schulbücher eintragen zu lassen, aus denen sie vor vierzig Jahren entfernt wurden. Die Rechte reagierte wütend – und danach hörte man nichts mehr davon.

Vom Kindergarten bis zum Abitur lernen die israelischen Schüler nicht, dass die Araber überhaupt ein Recht auf irgendeinen Teil dieses Land hier haben. Im Gegenteil – es ist klar, dass das Land uns allein gehört, dass Gott es uns persönlich gegeben hat, dass wir tatsächlich von den Römern nach der Zerstörung des Tempels im Jahre 70 vertrieben worden sind (ein Mythos!), dass wir aber mit Beginn der zionistischen Bewegung zurückgekehrt seien. Seitdem versuchen die Araber immer wieder, uns zu vernichten, so wie es die Goyim (Nicht-Juden) in jeder Generation getan haben. 1936 haben uns die «Banden» (der offizielle israelische Terminus für die Kämpfer des arabischen Aufstandes) angegriffen und uns ermordet. Und so weiter bis auf den heutigen Tag.

Wenn der jüdisch-israelische Schüler aus der pädagogischen Mühle entlassen wird, «weiss» er, dass die Araber ein primitives Volk mit einer mörderischen Religion und einer erbärmlichen Kultur sind. Er nimmt diese Ansichten mit sich, wenn er – oder sie – ein paar Wochen später zur Armee geht. Dort wird dies automatisch bestätigt. Die tägliche Demütigung der alten Leute und Frauen an den Kontrollpunkten – geschweige denn all der anderen – wäre sonst nicht denkbar.

Die Frage ist natürlich, ob Schulbücher wirklich solch grossen Einfluss auf die Schüler haben.

Kinder nehmen von frühester Kindheit ihre Umgebung auf, die Gespräche zu Hause, was sie im Fernsehen sehen, was sich auf der Strasse ereignet, die Meinungen der Klassenkameraden in der Schule – all dies beeinflusst sie viel mehr als geschriebene Texte in Schulbüchern, die vom Lehrer interpretiert werden, der selbst diesen Einflüssen ausgesetzt ist/war.

Israelische Art der Grenzziehung: Landwirtschaftstor im «Sicherheitszaun» auf palästinensischem Gebiet bei Jayous. Foto J. Bolliger

Ein arabisches Kind sieht im Fernsehen, wie eine alte Frau über die Zerstörung ihres Hauses jammert. Es sieht an den Hauswänden die Fotos der heroischen Märtyrer, Söhne des Stadtviertels, die ihr Leben für ihr Volk und ihr Land geopfert haben. Es hört, was mit seinem Cousin geschehen ist, der von den bösen Juden ermordet wurde. Er hört von seinem Vater, dass er kein Fleisch und keine Eier mehr kaufen kann, weil die Juden ihm nicht zu arbeiten erlauben. Zu Hause gibt es die meiste Zeit des Tages kein Wasser. Die Mutter erzählt von den Grosseltern, die seit 60 Jahren in einem elenden Flüchtlingslager im Libanon schmachten. Es weiss, dass seine Familie aus ihrem Dorf vertrieben wurde, das heute zu Israel gehört und wo heute Juden wohnen. Der Held seiner Klasse ist ein Junge, der auf einen vorbeifahrenden israelischen Panzer sprang oder der es wagte, aus einer Entfernung von 10 Metern einen Stein auf einen Soldaten zu werfen, der mit einem Gewehr auf ihn zielte.

Wir fuhren einmal zu einem palästinensischen Dorf, um den Einwohnern beim Wiederaufbau eines Hauses zu helfen, das tags zuvor vom Militär zerstört worden war . Während die Erwachsenen daran waren, das Dach fertig zu stellen, sammelten sich die Dorfkinder um Rachel, meine Frau, und zeigten grosses Interesse an ihrem Photoapparat. Ein Gespräch entwickelte sich zwischen ihnen: «Woher kommst du? Aus Amerika?» «Nein, von hier» «Bist du Christin? «Nein, Israeli» «Israeli?» (Allgemeines Gelächter)» Israelis machen bum, bum bum!» (Sie machten die Gebärden des Schiessens nach). «Nein, wirklich, woher kommst du?» «Aus Israel, wir sind Juden». (Sie wechselten fragende Blicke unter einander.) «Warum kommst du hierher?» «Um bei der Arbeit zu helfen». (Flüstern und Gelächter). Einer der Jungs rannte zu seinem Vater: «Diese Frau sagt, sie seien Juden». «Stimmt!» bestätigt der in Verlegenheit gebrachte Vater», es sind Juden, aber gute Juden». Die Kinder ziehen sich zurück. Sie schauen wenig überzeugt aus.

Was können Schulbücher hier schon verändern?

Und auf der jüdischen Seite? Schon im frühesten Alter sieht ein Kind im Fernsehen Bilder von Selbstmordanschlägen, von zerfetzten Leichenteilen. Die Verletzten werden in Ambulanzen weggebracht, deren Sirenen einem das Blut gefrieren lassen. Es hört, dass die Nazis Mutters ganze Familie in Polen umgebracht haben – und in seinem Bewusstsein verschmelzen Nazis mit Arabern. Jeden Tag hört es in den Nachrichten von den schlimmen Dingen, die die Araber tun, dass sie den Staat zerstören und uns ins Meer werfen wollen. Es weiss, dass die Araber seinen Bruder, den Soldaten, völlig ohne Grund umbringen wollen – eben weil sie Mörder sind. Nichts erfährt es über das Leben in den «Gebieten», die nur wenige Kilometer weit entfernt sind. Bis es zum Militär einberufen wird, sind die einzigen Araber, die es trifft, israelische Araber, die niedrige Arbeit verrichten. Wenn er zur Armee kommt , sieht er sie nur durch das Zielfernrohr seines Gewehrs, jeder ist dann ein potentieller «Terrorist».

Damit eine Veränderung in den Schulbüchern Sinn hat, muss sich zuerst die Realität vor Ort verändern.

Das heisst nicht, dass die Schulbücher keine Bedeutung haben. Sie sollten nicht unterschätzt werden.

Ich erinnere mich, dass ich einmal in den späten 60ern in einem Kibbuz einen Vortrag hielt. Nachdem ich über die Notwendigkeit der Errichtung eines palästinensischen Staates an der Seite Israels sprach (damals eine ziemlich revolutionäre Idee), stand einer der Kibbutzbewohner auf und fragte. «Ich versteh das nicht. Sie wollen, dass wir die Gebiete, die wir erobert haben, zurückgeben. Die Gebiete sind etwas Reales, Land, Wasser. Was bekommen wir dafür? Abstraktes wie ‹Frieden›? Was bekommen wir tacheles?» (Tacheles ist jiddisch für etwas Handfestes, Reales).

Ich antwortete, dass es Zehntausende von Klassenzimmer zwischen Marokko und dem Irak gibt und in jedem hängt eine Landkarte. Auf all diesen Landkarten steht anstelle von Israel «besetztes Palästina» oder es wurde einfach leer gelassen. Alles, was wir brauchen, ist, dass der Name Israel auf all diesen Tausenden von Landkarten eingezeichnet ist.

Seitdem sind 40 Jahre vergangen, und der Name «Israel» erscheint nicht in den palästinensischen Schulbüchern und vermutlich auch nicht auf den Landkarten Marokkos bis zum Irak. Und der Name Palästina erscheint natürlich nicht auf den israelischen Schulkarten. Erst wenn der junge Israeli in die Armee kommt, sieht er eine Karte mit den «Gebieten» mit dem verrückten Wirrwarr der Zonen A, B und C, den Siedlungsblöcken und den Apartheidstrassen.

Eine Landkarte ist wie eine Waffe. Aus meiner Kindheit in Deutschland zwischen den beiden Weltkriegen erinnere ich mich an eine Landkarte, die an der Wand meines Klassenzimmers hing. Auf dieser hatte Deutschland zwei Grenzen. Die eine war – wenn ich mich recht erinnere – grün. Es war die bestehende Grenze, die nach dem Versailler Vertrag nach dem 1. Weltkrieg aufgezwungen wurde. Die andere war in leuchtendem Rot – es war die Grenze, die vor dem Krieg gültig war. In Tausenden von Klassenzimmern überall in Deutschland – damals von den Sozialdemokraten regiert – sahen die Schüler täglich, welch schreckliches Unrecht man Deutschland gegenüber getan hat, als man ihm von jeder Seite Stücke weggerissen hatte. So wurde die Generation herangezogen, die dann die Reihen der Nazis für die Kriegsmaschinerie des Zweiten Weltkrieges gefüllt hat.

(Nebenbei gesagt: etwa 50 Jahre später durfte ich freundlicherweise diese Schule besuchen. Ich fragte den Schulleiter nach dieser Karte. Nach wenigen Minuten wurde sie aus dem Archiv gebracht.)

Nein, ich nehme Landkarten nicht auf die leichte Schulter. Ganz besonders keine Landkarten in Schulen.

Ich wiederhole, was ich damals sagte: es muss das Ziel sein, dass das Kind in Ramallah vor seinen Augen eine Landkarte an der Wand seines Klassenzimmers sieht, auf der der Staat Israel eingezeichnet ist. Und dass das Kind in Rishon-le-Zion vor seinen Augen eine Landkarte an der Wand seines Klassenzimmers sieht, auf der der Staat Palästina eingezeichnet ist. Nicht durch Zwang, sondern durch ein Abkommen.

Das ist natürlich unmöglich, solange Israel keine Grenzen hat. Wie kann man auf eine Karte einen Staat einzeichnen, der sich vom ersten Tage an bewusst und unnachgiebig weigerte, seine Grenzen zu definieren. Können wir wirklich vom palästinensischen Ministerium für Bildung und Erziehung erwarten, dass es eine Karte veröffentlicht, in dem alle Gebiete Palästinas innerhalb Israels liegen?

Und auf der andern Seite: wie kann man auf einer Landkarte «Palästina» markieren, wenn es keinen palästinensischen Staat gibt? Sogar die meisten jener Politiker, die sich – wenigstens pro forma – zu einer «Zwei-Staatenlösung» bekennen, vermeiden klar zu sagen, wo denn die Grenze zwischen den beiden Staaten verlaufen soll. Zipi Livni, die Aussenministerin, ist absolut gegen die angekündigte Absicht ihrer Kollegin, der Bildungsministerin Yuli Tamir, die Grüne Linie zu markieren, denn sie könnte ja als Grenze angesehen werden.

Frieden bedeutet Grenze. Eine durch ein Abkommen festgelegte Grenze. Ohne eine Grenze kann es keinen Frieden geben. Und ohne Frieden ist es eine Chutzpa (Frechheit), von der andern Seite etwas zu verlangen, das wir selbst absolut verweigern zu tun.

Aus dem Englischen: Ellen Rohlfs und Christoph Glanz; vom Verfasser autorisiert.

Noch in lebhafter Erinnerung: Mitglieder der Schweizer Delegation an den Weltjugendfestspielen von Caracas, 2005

Weltjugendfestspiele

Vorwärts für einen dauerhaften Frieden

Zwischen den Weltjugendfestspielen von Prag 1947 und von Caracas 2005 liegen 60 Jahre Engagement für eine gerechte Welt, für Frieden und Völkerverständigung. 6 Jahrzehnte Hoffnungen, Kämpfe, Enttäuschungen, Niederlagen und Wiedererstarken.

In diesem Sommer jährt sich zum 60. Mal die erste Austragung von Weltjugendfestspielen. An allen 16 Festspielen nahmen Delegierte aus der Schweiz daran teil.

Warst Du auch einmal dabei?

Am 22. September organisiert die Schweizerische Friedensbewegung dazu eine Veranstaltung in Zürich. Interessiert?

Dann melde Dich bei uns.

Die Festivalbewegung ist Teil der politischen Geschichte unseres Landes, sie ist ein Stück Geschichte alternativer Jugendkultur.

Für Veranstaltung, Austellung und Fotobroschüre suchen wir Fotos, Zeitungsartikel, Broschüren, Programme, Abzeichen, Plakate, Tücher und was du sonst noch findest.

Auch sind wir interessiert an Deinen Erlebnissen, Eindrücken, den Einträgen in Deinen Fichen und und und

Melde Dich bei SFB Schweizerische Friedensbewegung, Postfach 2113, 4001 Basel, sfb@bluewin.ch oder bei Monika Waser, Rümelinsplatz 17, 4001 Basel, 061 261 73 35, buecher-waser@bluewin.ch

Auch international wird gefeiert

Vermutlich im August 2007 wird der Weltbund der Demokratischen Jugend (WBDJ) in Venezuela den 60. Jahrestag der ersten Weltfestspiele der Jugend und Studierenden feiern. 1947 hatte im noch von den deutschen Truppen zerstörten Prag mit dem Internationalen Jugendfestival die Geschichte der Festivals begonnen, die im August 2005 mit den 16. Weltfestspielen in Caracas ihren vorläufigen Schlusspunkt gefunden hat. Der bei der Generalversammlung des WBDJ in Hanoi wiedergewählte Generalsekretär der grössten antiimperialistischen Jugendorganisation der Welt, Miguel Madeira, sagte, die Veranstaltung in Caracas werde einen «politischen Inhalt des Kampfes» haben und eine wichtige Aufgabe der fortschrittlichen Jugend der Welt in diesem Jahr sein.

Dreiländer-Friedenskundgebung I

Lateinamerika im Aufbruch

Wie immer eine Woche vor Ostern fand auch dieses Jahr wieder die Dreiländer-Friedenskundgebung der Schweizerischen Friedensbewegung und unterstützender Organisationen in Basel statt. Und zwar als Saalveranstaltung in den wunderschönen Zunftsälen der altehrwürdigen Schmiedenzunft am Rümelinsplatz. Im Nachmittagsteil fand die Vortrags- und Diskussionsveranstaltung «Lateinamerika im Aufbruch» mit dem Referenten Dieter Drüssel statt. Dieter Drüssel arbeitet im Zentralamerika-Sekretariat und gibt die Zeitschrift «Correos de las Américas» heraus (www.chiapas.ch). Er gilt als einer der besten Kenner der vielschichtigen Situation in Lateinamerika.

Von Matthias Goldschmidt

Drüssels Einleitung machte Mut: Mit der politischen Entwicklung in praktisch ganz Lateinamerika habe sich ein möglicherweise unumkehrbarer sozioökonomischer Prozess in Gang gesetzt, der im diametralen Gegensatz stehe zur US-dominierten neoliberalen, antinationalen Privatisierung der vergangenen Jahrzehnte. Es sei ein unerhörtes politisches Novum, wenn sich so viele lateinamerikanische Länder unter der ideellen Führung Venezuelas zu einer ernstzunehmenden Gegenkraft zum traditionellen US-Imperialismus in dieser Region zusammenschlössen. Dies zeige eine gewisse Schwäche der USA, wobei dort ultrareaktionäre, von der Bush-Administration geförderte Kräfte mit ihrem Zentrum in Florida (Bush-Bruder) bereits intensiv an allen möglichen bösartigen konterrevolutionären Operationen arbeiteten.

Dieter Drüssel begann mit einer Einschätzung der Lage in Mexiko und Zentralamerika. Er berichtete, dass die berechtigten Ziele der sozialpolitischen, überwiegend indigenen Bewegungen in Oaxaca und Chiapas noch immer nicht erreicht seien und der konservativ dominierte mexikanische Staat weiterhin auf Verweigerung und Gewalt setzt. Doch gewinne die Opposition an Dynamik, wie die letzten Präsidentschaftswahlen gezeigt haben. Nur mit Mühe, massivem Wahlbetrug und reichlichen Geldern aus Washington sei es möglich gewesen, den Wahlsieg des linken Kandidaten und Ex-Bürgermeisters von Mexiko-Stadt Andrés Manuel López Obrador (AMLO) noch einmal zu verhindern. Durch übelste Manipulationen aller Art habe man das Resultat seines konservativen Gegners Felipe Calderón auf äusserst knappe 50.5% «heben» können. Doch die Position der fortschrittlichen Kräfte sei gestärkt worden. Damit könnten in der nächsten Zeit spannende Entwicklungen in Mexiko erwartet werden.

Zu Haiti fand Dieter Drüssel bittere Worte der Empörung: ein relativ fortschrittliches Regime unter dem volksverbundenen, der Befreiungstheologie nahestehenden Priester Aristide sei eindeutig durch US-amerikanische Wühlarbeit vernichtet worden, insbesondere durch die Organisation und Finanzierung von Terror, von brutalsten Schlächterbanden, die jede fortschrittliche Person mit dem Tod bedrohen, die es überhaupt noch wagt, den Kopf zu heben und sich öffentlich zu äussern. Seit dem Sturz von Aristide 2004 – nach seinen eigenen Worten wurde er von den USA gezwungen, sein Heimatland zu verlassen, und hat nun Asyl in Südafrika gefunden – geht der Terror weiter: Aristide, die Hoffnung der Armen, musste gehen – aber die Todesschwadronen blieben. Die benachbarte Dominikanische Republik hingegen sei ein reiner Vasall der USA und sowohl wirtschaftlich wie ideologisch-politisch durchamerikanisiert.

In Nicaragua sei mit Daniel Ortega erneut die Sandinistische Befreiungsfront FSLN an die Regierung gekommen. Bei aller Problematik im Verhalten einzelner Comandantes der FSLN (es gibt Vorwürfe von opportunistischem Populismus, ja sogar Korruption) werde damit doch ein für Zentralamerika hochbedeutsamer Prozess fortgesetzt, der einzig und allein aus äusseren Gründen – wegen des jahrelangen mörderischen Krieges der von den USA instruierten und bezahlten Contras – und der darauf einsetzenden Kriegsmüdigkeit des erschöpften Volkes seinerzeit unterbrochen werden musste.

Nicaragua könne nun von ALBA, der bolivarianischen Alternative profitieren, die von Venezuela, Kuba und Bolivien vorangetrieben wird. Denn nach 16 Jahren Korruption und neoliberaler Misswirtschaft seien viele Errungenschaften der Revolution getilgt worden, die trotz des blutigen Contra-Kriegs und der Blockade durch die USA erreicht worden waren. Heute gebe es in Nicaragua wieder eine Million Analphabeten. Von 1000 Neugeborenen sterben 80, während es in den USA zehn sind und in Kuba nur fünf. Nach den sozialen Indikatoren der UNO stürzte das Land weltweit bis auf den 126. Platz ab. Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung betreffen 50% der Bevölkerung, von der 80% als arm gelten und von weniger als zwei Dollar am Tag leben müssen. Das Pro-Kopf Einkommen ist sogar niedriger als vor 40 Jahren. Für diese Entwicklung machen Entwicklungsorganisationen den Internationalen Währungsfond (IWF) und die Weltbank mit ihren neoliberalen Programmen verantwortlich.

Im Wahlkampf habe sich Daniel Ortega trotz allem bedeckt gehalten, was die Einbindung in die «Bolivarianische Alternative für Amerika» (ALBA) von Hugo Chávez angeht. Obwohl die Beziehungen zu Chávez gut sind, befürchtete Ortega Nachteile im Wählerverhalten, wenn er sich klar auf den Venezolaner bezieht.

Hugo Chávez habe natürlich den Sieg des «sandinistischen Bruders» herzlich begrüsst. Nicaragua unter den Sandinisten hat nun die einmalige Chance, auf die Solidarität von Kuba, Venezuela und Bolivien bauen zu können, einem immer stärker werdenden Bündnis.

Mit Kuba hat Ortega bereits vereinbart, dass die Karibikinsel erneut Lehrer und Ärzte schicken wird, um das am Boden liegende Gesundheits- und Bildungssystem aufzurichten. Schon im Wahlkampf hatte Venezuela Gemeinden mit Treibstoff zu Vorzugspreisen beliefert, in denen die FSLN regiert. Dazu könnte nun auch noch billiges Gas aus Bolivien kommen, denn das Land leidet, wegen der Privatisierung des Energiesektors, unter einer schweren Energiekrise.

Auch in Bolivien und Ecuador hätten mit Evo Morales und Rafael Correa zwei linksgerichtete, äusserst populäre Persönlichkeiten die Macht übernehmen können. Damit gewinne der bolivarianische Prozess enorm an Gewicht und Dynamik. Dazu komme das wenn auch nicht immer problemlose Bündnis mit Brasilien (unter PT-Präsident Lula) und Argentinien (unter Nestor Kirchner) sowie – noch etwas unklar – mit Chile (unter der sozialistischen Präsidentin Michelle Bachelet).

Trotz der zweifellos bestehenden Interessenskonflikte – z.B. zwischen Bolivien und Brasilien bei der Nationalisierung im bolivianischen Erdöl- und Gassektor – und alten Restanzen vergangener Jahrzehnte, hätten diese Länder doch ein gemeinsames, eminentes Interesse an intensiver Zusammenarbeit, einem gut funktionierenden gemeinsamen Markt, an starken, nationaler Kontrolle unterstellten Ressourcen, an sozialökonomischer Entwicklung und Bildung der breiten Volksmassen, an der Förderung der indigenen Völker und der Wiedergutmachung ihrer jahrhundertelangen Unterdrückung, und – last but not least – an Unabhängigkeit von den USA und ihren willigen Helfern bei Weltbank und Internationalem Währungsfonds.

Doch der bolivarianische Prozess sowohl in Bolivien wie auch in Ecuador sei höchst kompliziert und nur gegen stärksten, erbitterten Widerstand der alten Oligarchien durchzusetzen. Ein rabiates Bündnis aus Grossgrundbesitzern, kapitalistischen Profiteuren der neoliberalen Privatisierungswelle der 90er Jahre und vatikantreuen ultrakonservativen Teilen der katholischen Kirche versuche nicht nur, alle Massnahmen der fortschrittlichen Regierungen zu behindern, sabotieren, blockieren und zu verfälschen, sondern sogar noch an Terrain zu gewinnen. Dies gelte besonders für Bolivien, in dem sich die wirtschaftlich gut entwickelte, erdgasreiche «weisse» Südost-Provinz Santa Cruz, wo das reaktionäre Bündnis weiterhin dominiert, vom Land abspalten oder zumindest Autonomie erhalten möchte, um das übrige verarmte, indigene Land «im revolutionären Chaos versinken zu lassen». Damit wäre ein Scheitern von Evo Morales nicht ausgeschlossen.

An dieser Stelle seines Vortrages meldete sich eine junge Frau beim Diskussionsleiter mit der Bitte um Redezeit: es war die bolivianische UNO-Botschafterin aus Genf, Angélica Navarro. Nach Rücksprache mit Dieter Drüssel kam es daraufhin zu einer unerwarteten Fortsetzung der Veranstaltung. Sozusagen aus erster Hand wurde die gespannte Zuhörerschaft nun von Angélica Navarro über die Vorgänge in Bolivien und das komplizierte tägliche Ringen um Fortschritt detailliert in Kenntnis gesetzt. Sie bestätigte voll Dieter Drüssels Einschätzung der Lage, wies aber zusätzlich darauf hin, dass die Linksregierung von Evo Morales insbesondere einen grossen Feind im Lande habe: die Massenmedien. Damit falle es der Regierung sehr schwer, über die Medien die breiten Volksmassen zu erreichen und die Verbreitung von unzähligen Lügen, Verdrehungen, absichtlichen Fehldarstellungen der reaktionären Kräfte zu verhindern oder dem etwas entgegenzusetzen. Bisher habe die Regierung keinen eigenen Radio- oder Fernsehkanal. Lediglich auf dem Lande gebe es im indigenen Teil lokale Radiostationen, die hinter der Regierung stünden.

Angélica Navarro ging auch auf die Verhandlungen Boliviens mit den internationalen Konzernen sowie mit der WTO und Schweizer Konzernen in Genf ein. Diese gestalteten sich äusserst schwierig, da die Konzerne die Nationalisierung ablehnten oder auf horrenden Kompensationen für ihre Investitionen, speziell aus den «wilden» 90er Jahren, beharrten. Darunter befänden sich auch Schweizer Konzerne wie Glencore und Nestlé. Die Position der bolivianischen Regierung, dass viele Privatisierungen und Konzessionsvergaben der vergangenen Jahre und Jahrzehnte illegal gewesen, nur durch Korruption zustande gekommen und unter Verfassungsbruch zum Schaden der Nation und ihrer Ressourcen gewesen seien, müsse gegen enorme Widerstände durchgesetzt werden. Insbesondere müsse man jeden einzelnen Vorwurf im Detail belegen, was nachträglich oft sehr schwierig sei.

Angélica Navarro, UNO-Botschafterin Boliviens in Genf und Überraschungsgast am Friedensfest in Basel, mit Übersetzer Daniel Haller. Foto SFB

Eine Frage aus dem Publikum betraf Kolumbien. Dazu führte Dieter Drüssel aus, dass dort aufgrund der Stärke vor allem der Guerilla-Organisation FARC, der ältesten und stärksten Lateinamerikas, seit langem eine eigentliche Patt-Situation mit der ganz an Washington orientierten und von dort finanzierten konservativ-latifundistischen Regierung bestehe. Er sehe eine gewisse Chance für die Überwindung der Patt-Situation im Erstarken des zivilen (und legalen) Oppositionsbündnisses, in das auch die Gewerkschaften eingebunden seien. Doch die Situation sei extrem schwierig, da die meisten Fortschritte immer wieder durch das Wüten von paramilitärischen Todesschwadronen, durch die systematische Ermordung prominenter Persönlichkeiten und durch den anhaltenden Drogenkrieg zunichte gemacht würden. Dennoch gebe es, vielleicht auch wegen der verbesserten Rahmenbedingungen in ganz Lateinamerika, gewisse Erfolge des Oppositionsbündnisses, vor allem in den grossen Städten.

Am Schluss der Diskussion meldete sich ein Teilnehmer aus der dritten Reihe, um ein überraschendes Angebot zu machen: es war Hans Schäppi, Präsident des Basler Gewerkschaftsbundes. Er offerierte Angélica Navarro, d.h. der bolivianischen Delegation in Genf, die Hilfe der Schweizer Gewerkschaften bei der Aufklärung von Vorgängen, wie sie sie erwähnt hatte, speziell im Zusammenhang mit Schweizer Konzernen. Diese konkrete Geste praktischer Schweizer Solidarität mit den fortschrittlichen Kräften Lateinamerikas wurde vom Auditorium ebenso mit lang anhaltendem Beifall quittiert wie die Schlussworte von Angélica Navarro und Dieter Drüssel, die das Publikum in vorsichtig-optimistischer Stimmung entliessen.

Dreiländer-Friedenskundgebung II

Gelungenes Fest

Von Ruedi Moser

Die diesjährige Dreiländer-Friedenskungebung vom 31. März in Basel ist auf reges Interesse gestossen. Mit unserer Hauptparole «für das Selbstbestimmungsrecht der Völker – keine Aggression gegen Cuba, Venezuela und Bolivien», stand die Veranstaltung ganz im Zeichen des Aufbruchs in Lateinamerika. Die Veranstaltung wurde von mehreren Organisationen mitgetragen, dabei auch von Emigrantenvereinigungen der Lateinamerikaner.

Bereits am Vormittag begann das Programm in unserem kleinen Kino mit Dokumentarfilmen über Venezuela. Draussen auf dem Platz wurde eifrig mit Passanten diskutiert, Unterschriften für die Initiative gegen den Kriegsmaterialexport gesammelt und Infomaterial verteilt. Unerwartet gross war dann der Andrang am frühen Nachmittag zum Film «Comandante» von Oliver Stone. Deutlich zeigte sich das Bedürfnis nach Informationen und Bildern wie sie vom Fernsehen nie ausgestrahlt werden. Ein weiterer Höhepunkt war die Präsentation von «Evo Morales, die Biografie». Das brandneue Buch wurde vom deutsch-bolivianischen Autor Poma Muruchi persönlich vorgestellt. Er führte unzählige Gespräche mit Evo Morales und recherchierte vor Ort die Hintergründe. Damit alle Zuhörer sitzen konnten mussten wir noch zusätzliche Stühle beschaffen.

Erst danach folgte der eigentliche Hauptprogrammpunkt. Das Referat von Dieter Drüssel mit dem Titel «Lateinamerika im Aufbruch» (vgl. dazu nebenstehenden Artikel). Als echten Überraschungsgast durften wir Angélica Navarro, die UNO-Botschafterin Boliviens begrüssen. Die junge und sympathische Frau hat rege an der Diskussion teilgenommen und beantwortete viele Fragen aus dem zahlreichen Publikum. Bis spät nach dem offiziellen Programm gingen die Gespräche weiter. Beim gemütlichen Zusammensitzen mit Musik und Getränken von der Cuba-Bar ging der Anlass langsam zu Ende.

Es hat sich wieder einmal gezeigt wie wichtig der Informationsaustausch zwischen den verschiedenen Organisationen ist. Wie wichtig es ist Kontakte zu knüpfen und Gemeinsamkeiten festzustellen. So erhalten wir die Motivation um weiter für einen gerechten Frieden zu kämpfen.

Zeichen gegen Faschismus setzen

Bewegung rein!

In Bern, Biel, Burgdorf, Solothurn und Thun werden vom Mai bis Juli 2007 bunte Aktionen gegen Rassismus, Faschismus und rechtsextreme Gewalt durchgeführt, die am 7. Juli in Bern mit einer Kundgebung abgeschlossen werden. Wir dokumentieren nachfolgend die Pressemitteilung der OrganisatorInnen.

Ein Land der Ausschaffungsknäste? Freies Wort für Genozid-LeugnerInnen und RassistInnen? Parlamentssitze für HitlerverehrerInnen? Strasse frei für Nazi-SchlägerInnen? Nein danke! Wir haben es in der Hand: Kämpfen wir gemeinsam gegen Ausgrenzung, Rassismus und Nationalismus! Bringen wir die Dinge in Bewegung!

Mit wuchtigem Mehr haben die Schweizer Stimmberechtigten am 24. September 2006 das schärfere Asyl- und Ausländergesetz gutgeheissen – und damit eine der restriktivsten Asylgesetzgebungen in Europa überhaupt. Klar ist: Die oft und gerne bemühte «humanitäre Tradition» des Landes ist leeres Geschwätz. Seit den 1980er-Jahren kennt die Asyldebatte hierzulande nur noch eine Richtung: Rechte von Migrantinnen und Migranten abbauen.

Justizminister Christoph Blocher nutzte als Abstimmungssieger die Gunst der Stunde, um eine Attacke gegen die Antirassismus-Strafnorm zu reiten – notabene bei einem Besuch in der Türkei, einem Land, welches die Menschenrechte mit Füssen tritt. Blochers SVP schürt derweil den Kulturkampf gegen den Islam: Die rechtspopulistische Partei engagiert sich an vorderster Front gegen den Bau von Minaretten in der Schweiz. Und geht im Wahljahr 2007 mit billigster Stimmungsmache – der Lancierung einer Volksinitiative gegen «kriminelle Ausländer» – auf Stimmenfang.

Wölfe im Schafspelz

Auch die rechtsextreme Partei National Orientierter Schweizer PNOS kämpft für die «zügige Rückführung kulturfremder Ausländer in ihre Heimat». Die durch und durch antidemokratische Partei schimpft sich grossspurig Kämpferin für ein «europäisches Europa», während sich ihr Aktionsradius faktisch auf die Regionen Burgdorf/Langenthal und Interlaken reduziert. Die Handvoll PNOS-Aktivistinnen und -Aktivisten, die gerne den Biedermann mimen, können nur schlecht kaschieren, aus welcher Ecke sie stammen: HolocaustleugnerInnen, RassistInnen und Naziskins sind es, die sich als «eidgenössische Sozialisten» in der Politik versuchen.

Rassistische Slogans in Sportstadien, brutale Übergriffe und Anpöbeleien auf offener Strasse – etwa ein Zehntel der Jugendlichen hat direkte Erfahrung mit gewaltbereiten Neonazis – und nächtliche Schüsse auf Flüchtlingsheime: Rechtsextreme Gewalt kennt viele Gesichter. Der Rechtsrock ist ihr übler Soundtrack: zum Hass anstachelnd, Gewalt verherrlichend, zutiefst rassistisch, sexistisch und antisemitisch. Nach wie vor ist die Schweiz ein Konzertparadies für Neonazis – obwohl das Bundesgericht rechtsextremen Konzerten eigentlich bereits 2004 den (privaten) Boden entzogen hat.

Rechtsextreme fallen nicht einfach vom Himmel. Sie sind Ausdruck einer gesamtgesellschaftlichen Stimmung, die zunehmend von Fremdenfeindlichkeit und Entsolidarisierung geprägt ist. Die Brutalisierung der Wirtschaft treibt den Konkurrenz- und Verdrängungskampf auf die Spitze – und fördert so das Bedürfnis, auf noch Schwächeren herumzuhacken, den Frust an Sündenböcken abzureagieren. Die Demagogisierung der Politik, wie sie die SVP mit kostspieligen Inseratekampagnen betreibt, empfinden Neonazis als Aufmunterung für eigene Untaten.

Nix wie Antifa!

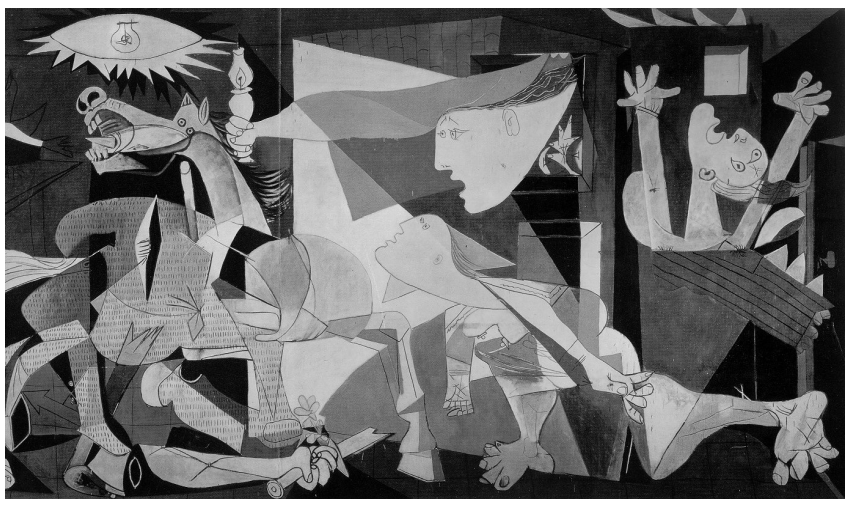
Eine Bewegung mit Geschichte: Seit Jahren sorgen wir antifaschistische und antirassistische Gruppen und Organisationen dafür, dass den Blochers, Schlüers, Hirschis, Lüthards, Segessenmanns & Co. ein eisiger Wind entgegen bläst – mit unterschiedlichen Mitteln, auf unterschiedlichen Ebenen. Und wir lassen nicht

locker: Keine Ausschaffungen – Bleiberecht für alle! Keine Bühne für PopulistInnen! Kein Quadratmeter Strasse für Neonazis! Kein Gemeindesaal für RechtsrockerInnen! Das Übel an der Wurzel packen – Kapitalismus angreifen!

Mit einem bunten Strauss von lokal organisierten Aktionen und Happenings – von der lautstarken Demonstration über freches Kasperlitheater, einen lehrreichen Stadtrundgang, erhellende Diskussionsabende, rauschende (Konzert-)Partys und einer rasanten Gummibootfahrt bis zum antirassistischen Fussballturnier – wollen wir diesen Frühling und Sommer ein unmissverständliches Zeichen setzen für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Ausgrenzung und martialisch aufgerüstete Polizeiaufgebote ins Leere laufen lassen: Vorsicht, wir sind selbstdiszipliniert unterwegs.

«Die Dinge in Bewegung bringen! – eine antifaschistische Kampagne», wird getragen von einer Vielzahl von Gruppierungen, u.a.: Anarchistische Aktion Bern, Antifa Bern, Antifa Oberland, Augenauf Bern, Gassenküche SIKB, Infoladen Bern, Libertäres Antifaschistisches Kollektiv Thun (LAKT), Organisation Socialiste Libertaire (OSL) Biel/Bienne, Repro und Soletta Antifascista.

Detaillierte Veranstaltungshinweise und aktuelle Infos gibts unter antifa-kampagne.ch



Guernica. Ausschnitt aus dem berühmten Antikriegsgemälde von Pablo Picasso.

Testgebiet für die Faschisten

Guernica erinnern

Von Martin Schirdewan

Die Stadt liegt unter einer dichten Rauchwolke verborgen. Häuser und Strassen sind nur zu erahnen. Gelegentlich brechen Flammen durch den schwarzen Mantel und züngeln gierig nach Sauerstoff, der den Menschen entzogen wird, die sich in Panik zu retten versuchen.

Sieht einer der über der Stadt in ihren Jagdflugzeugen kreisenden Piloten einen der Flüchtenden, erklingen Maschinengewehrsalven. Es ist Jagdzeit. Es ist der 26. April 1937. Es ist der erste massive Luftangriff gegen ein fast ausschliesslich ziviles Ziel. Guernica.

Seit knapp einem Jahr tobt in Spanien der mörderische Bürgerkrieg, seit sich am 18. Juli 1936 der faschistische Militär Franco gegen die linksgerichtete Regierung der Spanischen Republik erhoben hat. Ein Bürgerkrieg, der drei Jahre dauern und einer halben Million Menschen das Leben kosten wird. Ein Bürgerkrieg, der mit dem Einzug der Militärs in Madrid am 28. März 1939 und der damit verbundenen Machtübernahme des Caudillo Francisco Franco enden wird. Dessen Regierungszeit soll bis zu seinem Lebensende 1975 andauern.

Es wird nicht das letzte Mal sein, dass eine linksgerichtete Regierung von Militärs niedergeputscht wird und nicht das letzte Mal werden sich daran ausländische Kräfte beteiligen. Am spanischen Bürgerkrieg nehmen u.a. mehrere zehntausend italienische Soldaten und die deutsche Legion Condor, eine Einheit der 1935 von den Nazis gegründeten Reichsluftwaffe teil. Spanien gilt für die faschistischen Herrscher als Testgebiet, um neue Waffensysteme zu erproben und ihren Soldaten Kampfpraxis zu ermöglichen. Learning by doing.

Die Soldaten selbst erproben nicht nur sich und ihre Waffen, sondern auch neue Taktiken. So gilt Guernica heute als die erste Stadt, die komplett aus der Luft zerstört worden ist.

George Lowther Steer, Korrespondent der britischen Tageszeitung Times, berichtet: «Die ganze Stadt wurde systematisch vernichtet. Die Taktik der Angreifer war ganz klar: zuerst schwere Bomben und Handgranaten, um die Bevölkerung zu sinnlosen Fluchtversuchen zu veranlassen, dann Maschinengewehrfeuer, um sie in unterirdische Verstecke zu treiben und dann schliesslich Zerstörung dieser Unterstände mit schweren Feuerbomben.» Hitler probt seinen Krieg gegen die Zivilbevölkerung Osteuropas.

Guernica ist zum Zeitpunkt seiner Zerstörung eine Kleinstadt mit ca. 6000 Einwohnern, die sich auf 400 Häuser verteilen. Von den rund 400 Häusern wurden ca. 70% völlig zerstört, die anderen 30% mehr oder weniger schwer beschädigt. Verlässliche Zahlen über die Opfer liegen nicht vor. Schätzungen sprechen von 250 bis zu 2000 Toten. Erst nach Francos Tod wird es möglich, die Zerstörung der nunmehr wieder von republikanischen Gefangenen aufgebauten Stadt zu thematisieren.

Seit 1987 existiert in Guernica ein Friedensforschungsinstitut, seit 1998 ein Friedensmuseum. Im Jahre 2003 wurde das Museum um ein Dokumentationszentrum erweitert, das Veröffentlichungen und Dokumente zum spanischen Bürgerkrieg und dem Luftangriff sammelt und ausstellt.

Institut, Museum und Dokumentationszentrum mahnen, doch – so lapidar wie schmerzhaft – der Mensch tut sich schwer, aus seiner eigenen Geschichte zu lernen.

(Quelle: Sacco&Vanzetti)

Buchbesprechung

Kofi Annan

Friederike Bauer, Kofi Annan. Ein Leben, Fischer 2006, 368 S., Fr. 17.90

Kofi Annan wird 1996 der siebte Generalsekretär der vereinten Nationen, nach langjähriger Tätigkeit in internationalen Organisationen und der UNO. Geboren 1938 in Ghana und nach dem Besuch verschiedener Schulen und Institute studierte er in Kumasi, New York und Genf, wo er heute seinen Wohnsitz hat.

Das Buch schildert nicht nur das spannende Leben Kofi Annans, der 2001 den Friedensnobelpreis erhielt, sondern bietet auch eine vertiefte Analyse der UNO. Die Autorin, eine begabte und erfahrene Journalistin, übt in feinen Tönen Kritik an den vereinten Nationen und der alles beherrschenden Macht der USA, der Annan als Verteidiger der Menschenrechte und des Friedens nicht gewachsen ist.

Kofi Annan 2006 in Havanna vor den Blockfreien. Foto PL

Die grösste Niederlage in Annans Amtsdauer und in seinem Leben war das nicht Verhindern können des Irak-Krieges. Annans Ohnmacht war gleichzeitig jene der UNO, die von der Supermacht USA als Feigenblatt zur Kriegsführung missbraucht worden ist.

Bauers Analyse der UNO und der Blick hinter die Kulissen öffnet den Lesenden die Augen über die wahre Lage der Welt, der Machtspiele, der Kriege und der Ohnmacht der internationalen Organisation.

Louise Stebler

Buchbesprechung

Rassismus benennen

Rassismus erkennen – Rassismus benennen. Ein Argumentationstraining für Eltern und Erziehende. Von Brigitta Gerber, Claudine Gaibrois, Helene Häseli, (Atlantis / pro juventute 2007)

Die Autorinnen kommen aus den Bereichen Ethnologie/Geschichte/Politologie/Lernpsychologie und befassen sich seit mehreren Jahren mit Rassismus-Prävention in Theorie und Praxis. Im Zentrum des Werks steht die Frage: Wie sollen Eltern auf rassistische Sprüche reagieren?

Beim Zusammentragen von Argumenten haben die Autorinnen eine Fleissarbeit geleistet: Sie haben über hundert aktuelle Texte und Statistiken ausgewertet. Die Literaturliste bietet von Huntingtons «Kampf der Kulturen» über den letzten «Bericht Innere Sicherheit der Schweiz» (EJPD) bis zum aktuellen Artikel zur Soziologie der Fussballfankultur eine wahre Fundgrube. Dazu gibt es, was angesichts der Adressaten noch wichtiger ist, einen «Serviceteil» mit einer langen Liste von Informations- und Beratungsstellen, die übersichtlich nach Themen geordnet sind.

Das Argumentarium ist in 10 Themenbereiche gegliedert, z.B. Rassismus und Jugendgewalt / Rechtsextreme Jugendgruppen / Rassismus und Fussball / Islamfeindlichkeit / Rassismus und Medien. Zu jedem Thema werden einschlägige Aussagen von Jugendlichen zitiert und widerlegt. Dabei bemühen sich die Autorinnen spürbar um Faktentreue und Objektivität, können aber nicht durchweg den Eindruck der Beschönigung vermeiden. So antworten sie auf die Aussage «Je mehr ausländische Jugendliche an unsern Schulen, desto mehr Gewalt»: «Entgegen dem allgemeinen Gefühl sind Gewalttaten an Schulen nach neuesten Studien nicht zahlreicher als früher. Zugenommen hat jedoch die Sensibilisierung auf das Problem.» Wäre das Buch ein paar Wochen später herausgekommen, hätten die Autorinnen sich vermutlich nicht mit diesem Argument zufrieden gegeben.

Diese Einschränkung soll aber nicht den Wert des Buches schmälern. In andern Bereichen wird differenzierter argumentiert. Interessant ist das Kapitel «Rassismus und Medien». Die Autorinnen beschränken sich nicht auf die landesübliche Medienschelte; sie forschen weiter. Zum Beispiel weisen sie auf die Gefahr hin, dass Ausländerinnen und Ausländer als unselbstständig dargestellt werden: «Rücken die Medien nicht die Kriminalität ins Zentrum, erscheinen Migrantinnen und Migranten vielfach als Opfer ihrer eigenen Kultur oder als passive Wesen, für die sich die Politik und die Behörden Lösungen ausdenken müssen.» Sogar positive Klischees werden kritisch beleuchtet, etwa der «erfolgreiche serbische Ladenbesitzer, der von seiner Schweizer Kundschaft geschätzt wird.» Dazu die Autorinnen: «Häufig handelt es sich dabei um Versuche, rassistischen Einstellungen etwas entgegenzusetzen. Diese gut gemeinten Formulierungen tragen im Endeffekt jedoch nur zur Aufrechterhaltung negativer Vorurteile bei – denn sie legen nahe, dass die porträtierte Person die Ausnahme von der Regel darstellt.» Ja, es ist eben alles nicht so einfach.

Wer gern weiterdenkt, dem sei dieses Buch empfohlen.

Antoinette Mächtlinger

Redaktionsschluss
dieser Nummer:
20. April 2007

ISSN 1423-6826
sfb@bluewin.ch

Unsere Welt

Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

Impressum

«Unsere Welt» erscheint bis sechsmal jährlich.
Auflage: 10 000
Herausgeber: Schweiz. Friedensbewegung,
Postfach 2113, CH-4001 Basel
Tel. 061/681 03 63, Fax 061/681 76 32
Verantwortlich für Herausgabe: Martin Schwander
Redaktion: Franziska Genitsch, Toni Mächtlinger,
Ruedi Moser, Louise Stebler, Martin Schwander
E-Mail: sfb@bluewin.ch
Abonnementspreis: mindestens 12 Franken.
PC: 40-1627-7
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Satz/Layout: ComTex, 3414 Oberburg
Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mitmachen.
Wie kann man helfen?
Indem Sie den Einzahlungsschein benützen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen.

Senden Sie mir gratis ____ Exemplare «UNSERE WELT».

Senden Sie diesen Talon an:
SFB, Postfach 2113, CH-4001 Basel

Name:

Vorname:

Adresse:

PLZ, Ort:

Antifaschistin und Friedenskämpferin Lucie Aubrac zusammen mit dem stellvertretenden Stadtpräsidenten von Paris, dem Kommunisten Pierre Mansat. Foto zvg.

Nachruf auf Lucie Aubrac, die Grande Dame der Résistance

Gestapo reingelegt

Sie war «eine der letzten Heldinnen der Résistance» (Marie-George Buffet, KPF); «die Verkörperung des Kampfes der Franzosen um Freiheit» (Ségolène Royal, SP), «ein Emblem des Frauenengagements» (Präsident Jacques Chirac); «Symbol des Mutes und der Ehre» (MRAP, antirassistische Bewegung). Mitte März ist Lucie Aubrac, die «Grande Dame der Résistance» im Alter von 94 Jahren verstorben. Ein Nachruf von Florence Hervé.

Von Florence Hervé

«Eine freie Französin, die gegen den rassistischen Faschismus gekämpft hat». So möchte Lucie Aubrac in Erinnerung bleiben, und nicht als übermenschliche Heldin. Als eine Frau, die sich auch mit Pilzen gut auskannte, die Berge liebte, eine anständige Weinkennerin war und ein leckeres Hähnchen à la crème kochen konnte. Bis kurz vor ihrem Tod am 14. März zog die elegante und dynamische 94jährige mit dem intensiven Blick und der lebhaften Gestik durch die Schulen und erzählte vom Kampf gegen die faschistischen Besatzer und die französischen Kollaborateure. In ihrer Handtasche Flugblätter und Zeitungen aus dem Untergrund und der gelbe Judenstern. Freiheit und Gleichheit sind die Werte, die ihr Leben wie ein roter Faden durchziehen.

Lucie Bernard, 1912 geboren, hatte zunächst eine gewöhnliche Kindheit, geprägt vom Ersten Weltkrieg und einem unbändigen Wunsch nach Freiheit. Die Winzerfamilie aus dem Burgund lebte in armen Verhältnissen. Die Mutter verdingte sich als Putzfrau und Gemüseverkäuferin. Der Vater zog in den Krieg und war drei Jahre lang verschollen, bis ihn die Mutter in einer Anstalt wiederfand. Während des Krieges hatte er nach einem Bombardement das Gedächtnis verloren. Dieses Erlebnis hat Lucies Kindheit, ja ihr gesamtes Leben geprägt.

Die brillante Schülerin bekam Ende der 1920er Jahre ein Stipendium für ein Sprachstudium in Nürnberg. Danach studierte sie an der Pariser Sorbonne. Schon damals engagierte sie sich politisch, so gegen den rechtsextremistischen Putschversuch 1934 am Place de la Concorde. Lucie verliebte sich in einen Ingenieur jüdischer Herkunft: Raymond Samuel. Dann begann der Krieg. Lucie Samuel wird Geschichtslehrerin. Unter ihren Schülerinnen war die künftige Freundin und Schauspielerin Simone Signoret.

Schock der Besatzung

Schliesslich der Schock: die Besetzung Frankreichs durch die Nazitruppen im Juni 1940 und die darauffolgende Teilung des Landes in den besetzten Norden und in die sogenannte freie Südzone. Aus Lucie Samuels Empörung über die deutsche Besetzung und die französische Kollaboration 1940 wurde Widerstand, aus lockeren Freundesbanden die Résistance-Gruppe Libération-Sud. Sie wird Mitarbeiterin der Zeitung gleichen Namens und sorgt für deren Verbreitung.

Am 11. September 1942 marschiert die Wehrmacht in die «freie Zone» ein. Die neue Situation zwingt Lucie zu einem Doppelleben. Das Ehepaar Samuel bekommt den Decknamen Aubrac. Lucie lebt den Alltag einer jungen Mutter und Lehrerin in Lyon. Für ihre Kameraden ist sie die Verbindungsagentin Catherine. Ihr Mann Raymond ist für die geheime Armee von Libération verantwortlich.

Erfolgreiche Befreiungsaktion

Bald geraten führende Mitglieder der Résistance in eine Falle, unter ihnen Raymond. Lucie ist verzweifelt. Hochschwanger spricht sie beim Chef der deutschen Gestapo, Klaus Barbie, dem «Schlächter von Lyon», vor, gibt sich als unschuldiges Mädchen aus, das vom Gefangenen Aubrac geschwängert wurde, und erwirkt eine «Notheirat» vor dessen geplanter Hinrichtung. Die Flucht wird mit den Kameraden sorgfältig vorbereitet, der Gefangenentransport am 21. Oktober 1943 gestoppt und Raymond aus den Fängen der Gestapo befreit.

Das Paar bleibt aber gefährdet, Deshalb organisiert die Führung der Résistance-Bewegung die Flucht der beiden nach England. Lucie soll als offizielle Vertreterin der Résistance in die beratende Versammlung der Provisorischen Regierung in Algier geschickt werden. Im Februar 1944 bekommt sie in London ihr zweites Kind.

Was hat sie bewogen, ihr Leben für die Résistance zu riskieren? «Es gab zunächst eine instinktive Verweigerung. Ich habe nicht akzeptiert, dass eine fremde, faschistische Armee mein Land besetzt und sich als absoluter Herr bei mir zu Hause verhält. Der zweite Grund war eigentlich mehr eine Frage des Verstands. Marschall Pétain hatte die Demokratie abgeschafft, wurde französischer Staatschef und ergriff nacheinander alle Massnahmen, die dem Naziideal konform waren, zum Beispiel antijüdische Gesetze», erzählte Lucie Aubrac mir Ende der 90er Jahre in einem Interview. Sie habe nicht akzeptieren können, «dass Menschen auf Grund einer rassistischen Doktrin einfach verschwinden sollen»; «also der Instinkt, die Vernunft und das Herz haben aus mir eine Widerstandskämpferin gemacht.»

Einsatz für Frauenrechte

Nach der Befreiung engagiert sich Lucie Aubrac weiter: Sie unterstützt den Stockholmer Appell zur Ächtung der Atombombe, streitet für Frauenrechte und für die Anerkennung des Beitrags der Frauen in der Résistance: «Lange Zeit wurde das, was die Frauen geleistet haben, gesetzlich nicht als Widerstand anerkannt, sondern als Hilfe: Weil eine Frau keine Waffe trug, weil sie ‹nur› einen Widerstandskämpfer oder einen Juden versteckt oder ‹nur› Maschine geschrieben hatte. Wir haben schliesslich erreicht, dass dies anerkannt wurde.»

Im Herbst 1945 gab sie «Le Privilège des femmes» (Das Vorrecht der Frauen) heraus, eine Wochenzeitung mit 40 000 Exemplaren Auflage. Zu den Mitarbeiterinnen gehörte die US-amerikanische Schriftstellerin Gertrude Stein. Lucie Aubrac sagte später selbstkritisch, es sei damals noch zu früh für eine solche Zeitung gewesen. Für die meisten Frauen sei es damals viel wichtiger gewesen zu erfahren, «wie man mit drei Eiern ein Omelett für sechs Personen machen oder wie man alte Wolle verstricken konnte».

In den 50er Jahren erhebt Lucie Aubrac ihre Stimme gegen die Kolonialkriege in Algerien und Indochina, in den 60ern für ein unabhängiges Vietnam. Sie empfängt Ho Chi Minh als Gast. Zeitweilig ist sie Vizepräsidentin der Liga für Menschenrechte. Anfang der 80er Jahre treiben sie der Versuch einer Revision der Geschichte und Angriffe auf die Résistance erneut in die Öffentlichkeit. Simone Signoret ermutigt sie, ihre Erinnerungen an den Widerstand zu veröffentlichen: «Als der frühere Gestapo-Chef Barbie nach Frankreich zurückkehrte, war sie der Meinung, dass ich über meine Erfahrungen schreiben sollte. Das habe ich auch gemacht – in erster Linie, weil der Rechtsanwalt von Barbie eine besondere Methode zur Verteidigung seines Klienten verwendete: Er griff die Résistance an.»

1984 erscheint Lucies Tagebuch «Im Freudentaumel werden sie abreisen.» Es wird zu einem Bestseller, erreicht eine Auflage von 500 000, wird ins Chinesische, Englische, Portugiesische und ins Deutsche übertragen. 1996 wird Claude Berris Film über ihr Leben zum Kassenerfolg.

Anfang 1997 werden die Aubracs von dem Historiker Gérard Chauvy als Lügner und Verräter verleumdet. Sie hätten die Geschichte von der Gefangenenbefreiung erfunden. Raymond Aubrac sei damals zur Gestapo übergelaufen und habe den Vertreter von General Charles de Gaulle im französischen Nationalrat der Résistance an die SS verraten, behauptet er. Als «Beweis» zieht er ausgerechnet das Testament von Klaus Barbie heran. Die Affäre macht Schlagzeilen. Das Paar reicht eine Verleumdungsklage ein und bekommt Recht: Chauvy und sein Verleger werden zu hohen Geldstrafen verurteilt.

Noch mit 90 engagierte sich Lucie Aubrac – unter anderem für Asylsuchende und für die rechtlosen Einwanderer, die «Sans Papiers». Im Namen der Freiheit, der Gleichheit und der Solidarität.

Auf Deutsch erschienen Lucie Aubracs Memoiren 1996 unter dem Titel «Heldin aus Liebe. Eine Frau kämpft gegen die Gestapo» im Verlag C.H. Beck, München

Florence Hervé

Florence Hervé (1944) ist Redaktorin der Zeitschrift «Wir Frauen» und Herausgeberin des gleichnamigen Jahreskalenders. Nach dem Fototextband «Frauen und das Meer» (Hildesheim 2004) veröffentlichte sie (wiederum mit Fotografin Katharina Mayer) im vergangenen Jahr das Buch «Frauen und Berge», Modo-Verlag Freiburg 2006, das u.a. ein Portrait der französischen Widerstandskämpferin Madeleine Landy aus den Pyrenäen enthält. Im Mai 2007 wird Florence Hervé im Berliner Dietz Verlag das Buch «Clara Zetkin oder: Dort kämpfen wo das Leben ist» herausgeben. Das Büchlein enthält Texte von Clara Zetkin und Kommentare zum Thema Faschismus und Kriege.

Florence Hervé hat Wohnsitze in Graubünden, Frankreich und Deutschland.

Schweizerische Friedensbewegung: Einladung zur 56. SFB-Jahrestagung

Sonntag, 13. Mai 2007
Volkshaus Basel – gelber Saal
Rebgasse 12 (beim Claraplatz), direkt vom Bahnhof mit Tram Nr. 8

Programm:
10.30 Uhr geschäftlicher Teil (öffentlich)
12.00 – 14.00 Uhr gemeinsames Mittagessen

14.00 – 18.00 Uhr, öffentliche Diskussions-Veranstaltung

Noch Chancen auf Frieden im Nahen Osten?

mit Felicia Langer und Nabil Koulailat

Felicia Langer ist in Polen geborene Jüdin, als Kind den Nazis entkommen und 1949 nach Israel ausgewandert. Nach dem 6-Tage-Krieg 1967 begann sie, als zugelassene Rechtsanwältin, Palästinenser vor israelischen Militärgerichten zu verteidigen. Sie kämpfte gegen Enteignung, Häuserzerstörung, Deportation, Folter und schrieb seit 1974 mehrere Bücher. 1990 schloss sie ihre Kanzlei aus Protest und übersiedelte nach Deutschland, wo sie Lehraufträge an den Uni in Bremen und Kassel übernahm. Die unermüdliche Kämpferin für einen gerechten Frieden in Nahost erhielt zahlreiche Preise und Auszeichnungen – u.a. den alternativen Nobelpreis und den Menschenrechtspreis 2006 der deutschen Gesellschaft für Bürgerrecht und Menschenwürde (GBM).

Nabil Koulailat ist in Jerusalem geborener Palästinenser, die Familie wurde vertrieben und flüchtete nach Gaza. Er studierte später in Giessen (BRD) Diplom-Ingenieur und war in der Dachorganisation der palästinensischen Studentenbewegung zuständig für internationale Kontakte. Ab 1974 bis1979 war er Botschafter der Palästinensischen Befreiungsbewegung in Berlin (DDR), wurde dann ins damalige PLO-Hauptquartier nach Tunis berufen. In der politischen Abteilung der PLO war er dort für die Zusammenarbeit mit den europäischen Friedensbewegungen verantwortlich. Von 1994 bis 2005 war er in Gaza Staatssekretär im palästinensischen Aussenministerium.